



Anträge

**zum Landesparteitag
der SPD Baden-Württemberg
am 12. Oktober 2019 in Heidenheim**

Berichterstatter*innen

Antragsbereich	Berichterstatter*innen
Arbeit und Soziales	Heike Baehrens und Andrea Schiele
Gesundheit und Pflege	Rainer Hinderer und Birte Könnecke
Innen und Recht	Christian Lange und René Repasi
Partei und Organisation	Lukas Hornung und René Repasi
Prostitution	Birte Könnecke und Sebastian Weigle
Steuern und Finanzen	Lothar Binding und Jonas Weber
Umwelt und Verkehr	Gabi Rolland und Sebastian Weigle
Initiativanträge	Doro Kliche-Behnke und René Repasi

Mitglieder der Antragskommission

Heike Baehrens	Birte Könnecke	Tanja Sagasser-Beil
Julien Bender	Benjamin Köpfle	Annette Sawade
Sascha Binder	Christian Lange	Andrea Schiele
Lothar Binding	Judith Marvi	Sarah Schlösser
Daniel Born	Katja Mast	Lina Seitzl
Sonja Elser	Dominique Odar	Ralf Spörkel
Daniela Harsch	Raphael Pfaff	Nico Waibel
Rainer Hinderer	René Repasi	Jonas Weber
Lukas Hornung	Gabi Rolland	Sebastian Weigle
Dorothea Kliche-Behnke	Martin Rosemann	Florian Wahl

René Repasi
Dorothea Kliche-Behnke
Lina Seitzl

Vorsitzender
Stellvertreterin
Stellvertreterin

Impressum

Herausgeber

SPD-Landesverband Baden-Württemberg
Wilhelmsplatz 10, 70182 Stuttgart
www.spd-bw.de

Geschäftsordnung der Antragskommission des SPD-Landesverbandes Baden-Württemberg

§ 1

(1) Die Antragskommission besteht aus 30 vom Landesparteitag gewählten Mitgliedern. Sie wählt aus ihrer Mitte einen Vorsitzenden oder eine Vorsitzende.

(2) Die Antragskommission kann Unterkommissionen bilden.

(3) Die Antragskommission bestimmt aus ihrer Mitte die Berichterstatter.

§ 2

(1) Die Mitglieder der Antragskommission erhalten die Anträge unmittelbar nach Ablauf der Antragsfrist von der Geschäftsstelle.

(2) Die Antragskommission soll einen Vorschlag für den zweckmäßigen Verhandlungsablauf machen, über den der Parteitag als Geschäftsordnungsantrag entscheidet.

(3) Liegen zu einem Sachgebiet mehrere Anträge vor, schlägt die Antragskommission einen Antrag als Grundlage der Beratung vor.

Für die Behandlung von Anträgen kann sie empfehlen:

- zur Beschlussfassung nicht geeignet
- Nichtbefassung
- erledigt durch ...
- Annahme
- Annahme in folgender Fassung: ...
- Ablehnung
- Überweisung als Material an ...

(4) Empfehlungen der Antragskommission sollen keine inhaltlichen Änderungen der Anträge enthalten.

(5) Auf Verlangen hat die Antragskommission das Abstimmungsergebnis bekannt zu geben und die Meinung der Minderheit vorzutragen.

(6) Der Berichterstatter oder die Berichterstatterin der Antragskommission begründet die Empfehlungen der Antragskommission. Zur Sache selbst soll er oder sie nur Stellung nehmen, soweit dies zur Begründung der Empfehlung notwendig ist

(7) Die Antragskommission kann Empfehlungen für die zeitliche Weiterbehandlung von Anträgen machen.

§ 3

(1) Die erste Sitzung nach der Wahl der Antragskommission wird vom oder von der Landesvorsitzenden einberufen.

(2) Die Einberufung zu weiteren Sitzungen erfolgt durch den Vorsitzenden oder die Vorsitzende der Antragskommission. Auf Antrag eines Drittels der Mitglieder der Kommission hat er oder sie die Antragskommission in angemessener Frist einzuberufen.

§ 4

(1) An den Beratungen der Antragskommission nimmt je ein Vertreter oder eine Vertreterin des Landesvorstands, der Landtagsfraktion und der baden-württembergischen SPD-Bundestagsabgeordneten und der SPD-Europaabgeordneten teil.

(2) Die Sitzungen der Antragskommission sind delegiertenöffentlich.

(3) Die Antragskommission kann Sachverständige zur Beratung zuziehen.

§ 5

(1) Diese Geschäftsordnung wurde am 15./16. September 1995 in Pforzheim beschlossen.

(2) Änderungen dieser Geschäftsordnung erfolgen auf Beschluss des Parteitages.

Inhaltsverzeichnis

AS Arbeit und Soziales 1

AS 1	AfA Baden-Württemberg	
AS 1 Resolution: Den Wandel in der Automobilindustrie gut für die Arbeitnehmer*innen gestalten!		
<i>Annahme in der Version der Antragskommission</i>		1
AS 2	Kreisverband Breisgau-Hochschwarzwald	
AS 2 Obdachlosigkeit		
<i>Überweisen an: Landtagsfraktion und Landesvorstand mit der Bitte um Weiterleitung an SGK</i>		6
AS 3	Kreisverband Schwarzwald-Baar	
AS 3 Weg mit der "75 %-Regelung" für Heim- und Pflegekinder!		
<i>Annahme in der Version der Antragskommission</i>		8
AS 4	Selbst Aktiv Baden-Württemberg	
AS 4 Verhinderung von Altersarmut bei noch erwerbsfähigen, pflegenden und sich kümmernden Angehörigen		
<i>Erledigt durch Annahme von G 1 in Fassung der Antragskommission</i>		10
AS 5	Selbst Aktiv Baden-Württemberg	
AS 5 Die Rentenbeiträge, die von den Pflegekassen an die Deutsche Rentenversicherung (DRV) bezahlt werden, dürfen beim Bezug von Sachleistungen nicht um bis zu 30 % gekürzt werden		
<i>Zur Beschlussfassung nicht geeignet</i>		11
AS 6	Selbst Aktiv Baden-Württemberg	
AS 6 Rollstuhlschaukel als inklusives Spielangebot		
<i>Überweisung an Landesvorstand mit der Bitte um Überweisung an die SGK</i>		12
AS 7	Selbst Aktiv Baden-Württemberg	
AS 7 Toiletten für alle		
<i>Annahme in der Version der Antragskommission</i>		14

G Gesundheit und Pflege 15

G 1	Landesvorstand	
G 1 Pflege für ein solidarisches Land - Gute Pflege geht uns alle an		
<i>Annahme in der Version der Antragskommission</i>		16

G 2	ASG Baden-Württemberg	
G 2 Pflegevollversicherung und Bürgerpflegeversicherung		
<i>Erledigt durch Annahme von G 1 in Fassung der Antragskommission</i>		26
G 3	ASG Baden-Württemberg	
G 3 Umsetzung des einheitlichen Pflegeentlastungsgesetzes		
<i>Annahme in der Version der Antragskommission</i>		29
G 4	ASG Baden-Württemberg	
G 4 Pflege in Baden-Württemberg		
<i>Erledigt durch Annahme von G 1 in Fassung der Antragskommission</i>		31
G 5	ASG Baden-Württemberg	
G 5 Freie Wahl des Pflegeheims		
<i>Annahme</i>		32
G 6	SPD 60 plus Baden-Württemberg	
G 6 Flächendeckende Ärzteversorgung		
<i>Zur Beschlussfassung nicht geeignet</i>		34
G 7	Kreisverband Tübingen	
G 7 Situation in der Geburtshilfe verbessern		
<i>Annahme in der Version der Antragskommission</i>		35
G 8	Kreisverband Emmendingen	
G 8 Änderung des Krankenhausentgeltgesetzes		
<i>Annahme</i>		40
G 9	Kreisverband Rhein-Neckar	
G 9 Krankenkassenzuschüsse für Zahnersatz, Hörgeräte und Sehhilfen		
<i>Überweisen an: Bundestagsfraktion</i>		41
G 10	Kreisverband Stuttgart	
G 10 Apotheken sollen Kondome und Lecktücher kostenfrei ausgeben		
<i>Annahme in der Version der Antragskommission</i>		42
G 11	Kreisverband Böblingen	
G 11 Erste Hilfe		
<i>Annahme</i>		43
G 12	ASG Baden-Württemberg	
G 12 Hospizlich-palliative Versorgung in Baden-Württemberg		
<i>Überweisen an: Landtagsfraktion</i>		48

G 13	ASG Baden-Württemberg	
G 13 Zukunftsperspektive für die Ausbildung in Gesundheitsfachberufen		
<i>Annahme in der Version der Antragskommission</i>		49
G 14	Selbst Aktiv Baden-Württemberg	
G 14 Teilhabe, Mitsprache und Gleichstellung pflegender Angehöriger in allen Planungs- und Entscheidungsgremien zur Pflege		
<i>Überweisung an Bundestagsfraktion und Landtagsfraktion</i>		51
G 15	Selbst Aktiv Baden-Württemberg	
G 15 Kooperation auf Augenhöhe der verschiedenen Berufsangehörigen im Sorge- und Pflegebereich stärken		
<i>Überweisen an: Bundestagsfraktion</i>		52
G 16	Selbst Aktiv Baden-Württemberg	
G 16 Massiver Ausbau der Beratungsstrukturen		
<i>Erledigt durch Annahme von G 1 in Fassung der Antragskommission und Rechtslage</i> .		53
G 17	Selbst Aktiv Baden-Württemberg	
G 17 Barauszahlung des „Entlastungsbetrags“ (§ 45b SGB XI)		
<i>Erledigt durch Annahme von G 3 in Fassung der Antragskommission</i>		55

IR Innen und Recht **56**

IR 1	KV Emmendingen	
IR 1 Für ein echtes Recht auf Mitbestimmung - Wahlrecht für Kinder und Jugendliche		
<i>Überweisen an: Landesvorstand</i>		57
IR 2	Kreisverband Main-Tauber	
IR 2 Lärmschutz bei traditionellen Volksfesten		
<i>Erledigt durch Rechtslage</i>		59
IR 3	Selbst Aktiv Baden-Württemberg	
IR 3 Nichtberechtigte Nutzung von Behindertenparkplätzen		
<i>Annahme in der Version der Antragskommission</i>		60

PO Partei und Organisation **61**

PO 1	Landesvorstand	
PO 1 Aufstellung der Landesliste zur Bundestagswahl im Gebiet des SPD-Landesverbandes Baden-Württemberg		
<i>Annahme</i>		62

PO 2	Kreisverband Emmendingen	
PO 2 Mehr SPD in der GroKo oder GroKo-Ende (Empfehlung erfolgt mündlich)		64
PO 3	Kreisverband Rhein-Neckar	
PO 3 Anträge auf Kleinen Landesparteitagen vorrangig behandeln Überweisen an: Landesvorstand		66
PO 4	AG	
Migration und Vielfalt Baden-Württemberg, Jusos Baden-Württemberg, SPDqueer Baden-Württemberg, Selbst Aktiv Baden-Württemberg, ASF Baden-Württemberg, ASG Baden-Württemberg, AGS Baden-Württemberg, ASJ Baden-Württemberg		
PO 4 Teilnahme von AG-Vorsitzenden an Landesvorstandssitzungen Überweisen an: Landesvorstand		67
PO 5	Kreisverband Tübingen	
PO 5 Arbeitskreis Säkulare Sozialdemokrat*innen Ablehnung		68

Pros Prostitution 70

Pros 1	Landesvorstand	
Pros 1 Umsetzung des nordischen Modells in der Prostitution Annahme		71

SF Steuern und Finanzen 72

SF 1	Kreisverband Emmendingen	
SF 1 Unterstützung von Vereinen Annahme		73
SF 2	Kreisverband Lörrach	
SF 2 Transparenz für Prämien und Provisionen bei Finanzgeschäften Annahme in der Version der Antragskommission		75
SF 3	Kreisverband Lörrach, Kreisverband Schwarzwald-Baar	
SF 3 Gutes Vermögenssteuergesetz Annahme in der Version der Antragskommission		76

UVN Umwelt, Verkehr und Nachhaltigkeit **77**

UVN 1	Kreisverband Stuttgart	
UVN 1 Novellierung des Klimaschutzgesetzes		
<i>Annahme in der Version der Antragskommission</i>		78
UVN 2	OV Heidelberg-Südwest	
UVN 2 Ausstieg aus Kohleverstromung		
<i>Überweisen an: Bundestagsfraktion</i>		82
UVN 3	Kreisverband Stuttgart	
UVN 3 Für mehr Verkehrssicherheit: Tempolimit auf Autobahnen		
<i>Annahme</i>		83
UVN 4	Selbst Aktiv Baden-Württemberg	
UVN 4 Verbot von E-Scootern mit bis 12 km/h auf Gehwegen		
<i>Erledigt durch Rechtslage (s. § 10 der Elektrokleinstfahrzeuge-Verordnung vom 06.06.2019)</i>		85
UVN 5	Selbst Aktiv Baden-Württemberg	
UVN 5 Flexibles Reisen für Menschen mit Behinderungen		
<i>Annahme in der Version der Antragskommission</i>		86
UVN 6	Kreisverband Mannheim, OV Mannheim-Gartenstadt	
UVN 6 Vision 2050 - Umsetzung der Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen		
<i>Überweisen an: Bundestagsfraktion</i>		87

AS Arbeit und Soziales

Antrag AS 1
AfA Baden-Württemberg

Empfehlung der Antragskommission
Annahme in der Version der Antragskommission

Resolution: Den Wandel in der Automobilindustrie gut für die Arbeitnehmer*innen gestalten!

1 *Empfänger: SPD-Landesvorstand, SPD-*
 2 *Landtagsfraktion, SPD-Parteivorstand,*
 3 *SPD-Bundestagsfraktion*
 4
 5 Die Veränderungen in der Mobilität sind
 6 gewaltig. Neue und umweltfreundliche-
 7 re Mobilitätsformen werden kommen. Wir
 8 wollen einen guten Umwelt- und Klima-
 9 schutz. Nur Mobilitätsformen, die die Um-
 10 welt nicht über Gebühr belasten, sind zu-
 11 kunftsfähig.
 12 Dieser Veränderungsprozess hat große
 13 Auswirkungen auf die Produkte in der Au-
 14 tomobilindustrie. Baden-Württemberg ist
 15 das größte Automobilcluster in Europa. Die
 16 Arbeitsplätze in der Automobilindustrie
 17 Baden-Württembergs sind zum größten
 18 Teil tarifgebunden und tragen in einem
 19 hohen Maße zur hohen Kaufkraft und zum
 20 Wohlstand in Baden-Württemberg bei.
 21 Kapital und Arbeit haben ihren Anteil an
 22 diesem Erfolg. Besonders hervorzuheben
 23 sind
 24 • der große Einsatz der Arbeitneh-
 25 mer*innen in der Entwicklung mit
 26 vielen Patenten und in der Schichtar-
 27 beit mit belastenden Arbeitszeiten,
 28 • die Gewerkschaften sowie die Arbeit-
 29 nehmervertreter*innen, die alles tun,
 30 um die Zukunft zu gestalten und die
 31 Arbeitsplätze zu sichern.
 32 Diese Aufzählung könnte man fortführen.
 33 Sie alle haben den Erfolg erarbeitet!
 34

-”Diese Aufzählung könnte man fortführen.
 Sie alle haben den Erfolg erarbeitet!”

35

36 Für die SPD Baden-Württemberg ist klar,
 37 die Arbeitnehmer*innen dürfen nicht zu
 38 den Verlierer*innen des Wandels werden.
 39 Die nackten Zahlen zeigen die Herausforde-
 40 rung: Auf 10 Arbeitsplätze in der Dieselan-
 41 triebstechnik kommen bei gleicher System-
 42 menge nur 3-4 Arbeitsplätze im Benzinan-
 43 triebsbereich und nur noch 1 Arbeitsplatz
 44 im Elektroantriebsbereich. Es ist verständ-
 45 lich, dass diese Prognosen Ängste um den
 46 Arbeitsplatz und die Zukunft bei dem Ar-
 47 beitnehmer*Innen auslösen.

48

49

50 Ein Wegducken darf es nicht geben. Wir
 51 stellen uns der Herausforderung. Für die
 52 Gestaltung dieses Wandels gibt es keine
 53 Blaupause. Es bedarf einer breiten Diskus-
 54 sion um den richtigen Weg. Deshalb be-
 55 grüßen wir die vielen Initiativen von Ar-
 56 beitnehmervertreter*innen, Gewerkschaf-
 57 ten, Unternehmen und Verbänden, um die
 58 Zukunft mit neuen zukunftsfähigen Pro-
 59 dukten zu sichern.

60 In diesem Veränderungsprozess kann bis-
 61 her niemand die Mobilitätsformen der Zu-
 62 kunft vorhersagen. Sicher ist, der Verbren-
 63 nungsantrieb wird abnehmen. Andere An-
 64 triebformen wie Elektro- oder Wasser-
 65 stofftechnologie treten an diese Stelle. Der
 66 öffentliche Nahverkehr wird deutlich zu-
 67 nehmen. Fahrräder und e-Bikes werden
 68 teilweise an die Stelle des Autos treten.

69

70

71 Es ist wichtig, die umweltverträglichste An-
 72 triebform zu finden. Dazu gehört auch
 73 eine umfassende und ehrliche Gesamtbe-
 74 trachtung über den gesamten Lebens- und
 75 Betriebszyklus von der Rohstoffgewinnung
 76 bis zum Recycling unter Einbeziehung der

Prognosen verunsichern die
Arbeitnehmer*innen. Für die SPD Baden-
 Württemberg ist klar, die Arbeitnehmer*in-
 nen dürfen nicht zu den Verlierer*innen
 des Wandels werden. ~~Die nackten Zahlen~~
~~zeigen die Herausforderung: Auf 10~~
~~Arbeitsplätze in der Dieselantriebstechnik~~
~~kommen bei gleicher Systemmenge nur~~
~~3-4 Arbeitsplätze im Benzinantriebsbereich~~
~~und nur noch 1 Arbeitsplatz im~~
~~Elektroantriebsbereich. Es ist verständlich,~~
~~dass diese Prognosen Ängste um den~~
~~Arbeitsplatz und die Zukunft bei dem~~
~~Arbeitnehmer*Innen auslösen.~~

... an diese Stelle und benötigen dringend
eine stärkere Infrastruktur z.B. beim
Ladevorgang und der Versorgung.~~Der~~
~~öffentliche Nahverkehr wird deutlich~~
~~zunehmen. Fahrräder und e-Bikes werden~~
~~teilweise an die Stelle des Autos treten.~~

77 Energiegewinnung für den Betrieb. Wir be-
78 grüßen die Technologieoffenheit von Wis-
79 senschaft, Unternehmen und Politik.

80 Technologieoffenheit bedeutet nicht, bei
81 den Rahmenbedingungen abzuwarten. Oh-
82 ne Frage wird die Elektro- und Wasserstoff-
83 technologie eine größere Rolle spielen und
84 dringend eine stärkere Infrastruktur z.B.
85 beim Ladevorgang und der Versorgung be-
86 nötigen.

87 Studien zeigen, die Gestaltung der indi-
88 viduellen Mobilität wird sich verändern.
89 Die intelligente Kombination der Nutzung
90 des öffentlichen Verkehrs, dem - nicht not-
91 wendigerweise eigenen - Auto, Fahrrad
92 und Fußwegen ist eine Möglichkeit. Da-
93 zu muss der öffentliche Verkehr ausgebaut
94 und dauerhaft finanziert werden. Dieser
95 muss angebotsorientiert ausgestaltet wer-
96 den. Sichere und attraktive Wege für Fuß-
97 gänger*innen und Radfahrer*innen werden
98 noch wichtiger.

99
100

101 Für den öffentlichen Nahverkehr mit um-
102 weltfreundlichen Fahrzeugen entsteht ein
103 Zukunftsmarkt. Eine stärkere Initiative
104 unserer Automobilindustrie wäre sehr zu
105 wünschen.

106 Neue Produkte bedeuten oft veränderte
107 Produktions- und Fertigungsstätten. Des-
108 halb ist es wichtig, dass bei den Rahmen-
109 bedingungen z.B. in den baurechtlichen Ge-
110 nehmigungsebenen alles getan wird, um
111 die Umnutzung möglichst schnell und in ei-
112 nem erträglichen Kostenrahmen zu ermög-
113 lichen.

114

115 Die Politik ist gefordert.

116 Es müssen Rahmenbedingungen geschaf-
117 fen werden, die einen guten Wandel unter-
118 stützen. Dabei werden Qualifizierung und

~~Technologieoffenheit bedeutet nicht, bei
den Rahmenbedingungen abzuwarten.
Ohne Frage wird die Elektro- und
Wasserstofftechnologie eine größere
Rolle spielen und dringend eine stärkere
Infrastruktur z.B. beim Ladevorgang und
der Versorgung benötigen.~~

... des öffentlichen Verkehrs, mit dem -
nicht notwendigerweise eigenen - Auto,
dem Fahrrad ...

... noch wichtiger. Fahräder und e-Bikes
werden teilweise an die Stelle des Autos
treten.

~~Neue Produkte bedeuten oft veränderte
Produktions- und Fertigungsstätten.
Deshalb ist es wichtig, dass bei den
Rahmenbedingungen z.B. in den
baurechtlichen Genehmigungsebenen
alles getan wird, um die Umnutzung
möglichst schnell und in einem
erträglichen Kostenrahmen zu
ermöglichen.~~

119 Weiterbildung ein wichtiger Baustein sein.
 120 Mit dem durch die SPD initiierten Chan-
 121 centeilhabegesetz, das eine Qualifizierung
 122 und Weiterbildung mit Unterstützung der
 123 Agentur für Arbeit in einem bestehenden
 124 Arbeitsverhältnis ermöglicht, werden be-
 125 sonders kleinere und mittlere Unterneh-
 126 men mitgenommen.

127

128

129

130

131

132

133 Unser Bundesarbeitsminister Hubertus
 134 Heil macht dies sehr gut und in en-
 135 ger Abstimmung mit den betroffenen
 136 Kolleg*innen, Gewerkschaften und Unter-
 137 nehmen! Qualifizierungskurzarbeitsgeld
 138 wäre ein weiterer wichtiger Baustein,
 139 um Arbeitnehmer*innen innerhalb eines
 140 bestehenden Arbeitsverhältnisses länger
 141 und umfassend weiterzubilden.

142 Unverständlich sind für uns die Stimmen
 143 aus der CDU und dem Arbeitgeberlager, die
 144 sich gegen ein Qualifizierungskurzarbeits-
 145 geld aussprechen.

146

147

148

149

150 Den Veränderungsprozess zu einem umfas-
 151 senden Arbeitsplatzabbau und für Entlas-
 152 sungen zu missbrauchen, lehnen wir ent-
 153 schieden ab! Wer über viele, viele Jahre von
 154 Erfolg zu Erfolg ging, darf jetzt in schwie-
 155 rigen Zeiten die Baumeister*innen der Er-
 156 folgsserie nicht zu Verlierern machen.

157 Die vielen guten Überschüsse der Unter-
 158 nehmen müssen jetzt zur Zukunftssiche-
 159 rung eingesetzt werden. Wir unterstützen
 160 alle Maßnahmen, die einen Veränderungs-

Ersetze Z. 120-126 durch:

“Mit dem durch die SPD initiierten Quali-
 fizierungschancengesetz werden durch die
 Agentur für Arbeit Weiterbildung und Qua-
 lifizierung für alle Beschäftigten, die vom
 Strukturwandel betroffen sind, gefördert.
 Je nach Betriebsgröße erhalten Beschäftig-
 te bis zu 100 Prozent ihrer Weiterbildungs-
 kosten und bis zu 75 Prozent des Einkom-
 mens als Zuschuss. Damit werden beson-
 ders kleinere und mittlere Unternehmen im
 Wandel unterstützt.”

Ersetze Z. 133-145 durch:

“Während es aus der CDU und dem Arbeit-
 geberlager kritische Stimmen gibt, macht
 unser Arbeitsminister Hubertus Heil dies
 sehr gut und in enger Abstimmung mit den
 betroffenen Kolleg*innen, Gewerkschaften
 und Unternehmen!

Wir müssen Arbeitnehmer*innen im Wan-
 del weiter stärken. Dazu brauchen wir
 schnelle, flexible und unbürokratische Wei-
 terbildungsförderung für die Beschäftigten
 und die Unternehmen. Ein weiterer wich-
 tiger Baustein wäre eine Perspektivqualifi-
 zierung, wenn Beschäftigte in einem Un-
 ternehmen keine Perspektive auf Weiterbe-
 schäftigung haben.”

Ersetze Z. 150-156 durch:

“Wir wollen die Beschäftigten von heute fit
 machen für die Arbeit von morgen. Hier se-
 hen wir auch eine große Verantwortung der
 Arbeitgeber. Der Veränderungsprozess darf
 nicht in einem umfassenden Arbeitsplatz-
 abbau und Entlassungen bestehen. ”

Die vielen-guten Überschüsse ...

Wir unterstützen alle Maßnahmen ...

161 prozess ermöglichen ohne die Arbeitsplät-
162 ze abzubauen oder in ihrer Qualität abzu-
163 senken.

164

165

166

167

168

169

170

171

172

173

174

175

176

177

178

179

180 Neue Produkte bedeuten oft veränderte
181 Produktions- und Fertigungsstätten. Des-
182 halb ist es wichtig, dass in den baurecht-
183 lichen Genehmigungsebenen alles getan
184 wird, um die Umnutzung möglichst schnell
185 und in einem erträglichen Kostenrahmen
186 zu ermöglichen.

187 Veränderungsprozesse gut zu gestalten
188 war immer ein Markenzeichen der SPD! Sie
189 haben dazu beigetragen die Arbeitswelt zu
190 verbessern und Arbeitsplätze durch eine
191 dialogorientierte Politik unter Einbindung
192 aller Akteure zu sichern.

193 Die SPD Bundestagsfraktion und die SPD-
194 Landtagsfraktion machen vieles.

195 Die SPD hat gezeigt, sie ist an der Seite der
196 Arbeitnehmer*Innen und ihrer Familien.

197 Wir tun alles in unseren Wirkungsberei-
198 chen, um einen guten Wandel zu einer
199 umwelt- und klimafreundlicheren Mobili-
200 tät zu gestalten, Arbeitsplätze zu sichern,
201 Infrastruktur auszubauen, Fertigungsstät-
202 ten weiter zu entwickeln, damit die Arbeit-

Wer dennoch seine Arbeit verliert, muss nach drei Monaten einen Anspruch auf eine gezielte Weiterbildungsmaßnahme erhalten. Wir dürfen im Wandel nicht auf kurzfristige Vermittlung etwa in schlecht bezahlte oder nicht zukunftsfeste Arbeit setzen, sondern müssen die nachhaltige Erwerbsperspektive im Auge haben. Bei arbeitssuchende Menschen muss nachhaltige Qualifizierung stärker gefördert und mit einem Rechtsanspruch versehen werden. Arbeitssuchende, die mutig eine größere Weiterbildung in Angriff nehmen, müssen über eine ausreichende finanzielle Unterstützung abgesichert sein.

... den baurechtlichen Genehmigungsverfahren ...

~~Die SPD-Bundestagsfraktion und die SPD-Landtagsfraktion machen vieles.~~

Wir als SPD arbeiten auf allen Ebenen und Wirkungsbereichen daran, einen guten Wandel ...

203 nehmer*innen nicht auf der Strecke blei-
204 ben!
205

Antrag AS 2
Kreisverband Breisgau-Hochschwarzwald

Empfehlung der Antragskommission
Überweisen an: Landtagsfraktion und Lan-
desvorstand mit der Bitte um Weiterlei-
tung an SGK

Obdachlosigkeit

1 *Empfänger: SPD-Landtagsfraktion*
2
3 Die SPD-Landtagsfraktion wird aufgefor-
4 dert, sich für eine Verbesserung der Unter-
5 bringung und Betreuung Obdachloser ein-
6 zusetzen, indem
7 1. Mindestunterbringungsstandards
8 festgeschrieben werden, die die
9 Raumgröße und Ausstattung der
10 Unterbringung festlegen.
11 2. Ein Betreuungsprogramm zur psy-
12 chosozialen Betreuung Obdachloser
13 finanziert wird, mit dem Ziel, diese
14 Menschen, soweit sie es wollen, bei
15 der Rückkehr in geregelte Lebensver-
16 hältnisse zu unterstützen.
17

Begründung

18 Durch den Zustand der Obdachlosig-
19 keit werden wichtige Individualrechte
20 wie Recht auf Leben, auf Gesundheit,
21 auf körperliche Unversehrtheit und auf
22 Menschenwürde gefährdet.
23 Sachlich zuständige Behörden sind nach
24 den jeweiligen Polizei- und Ordnungsge-
25 setzen der Bundesländer die allgemeinen,
26 unteren Gefahrenabwehrbehörden (Poli-
27 zei, Ordnungs-, Sicherheits- und Verwal-
28 tungsbehörden). Das sind alle Gemeinden
29

30 und Städte, die die Aufgabe der „Obdach-
31 losenpolizei“ als Pflichtaufgabe nach Wei-
32 sung wahrnehmen.

33 Örtlich zuständig sind die Behörden, in de-
34 nen sich eine obdachlose Person tatsäch-
35 lich aufhält und ihre Einweisung in eine
36 Notunterkunft verlangt, in der Regel also
37 die Kommunen.

38 Die Unterbringung in Notunterkünften ist
39 in den Kommunen sehr unterschiedlich ge-
40 regelt: während einige Gemeinden tatsäch-
41 lich versuchen, die Menschenwürde wah-
42 rende Unterkünfte zur Verfügung zu stel-
43 len, fahren andere Gemeinden eine Ab-
44 schreckungsstrategie.

45 Derzeit gibt es keine Mindeststandards, die
46 beachtet werden müssen.

47 Zur Wahrung der Menschenwürde, zu der
48 unser Staat laut Grundgesetz verpflichtet
49 ist, sind Mindeststandards der Unterbrin-
50 gung verpflichtend vorzuschreiben.

51 Unter den unfreiwillig Obdachlosen sind
52 Menschen, die gerne wieder in ein „norma-
53 les Leben“ zurückkehren wollen, dies aber
54 ohne psychosoziale Unterstützung nicht
55 schaffen. Die derzeitigen Hilfen der Sozial-
56 verbände beschränken sich oft auf den Um-
57 gang mit Formularen für die Behörden. Für
58 mehr ist weder Zeit noch Geld vorhanden.

59 In Gesprächen mit Obdachlosen wurde
60 deutlich, dass viele gerne ihre Situation
61 verändern würden, aber nicht wissen, wie
62 sie das schaffen können. Nur mit einer in-
63 tensiven psychosozialen Betreuung kann
64 dies geändert werden. Diese kann aber
65 nicht von den Kommunen finanziert wer-
66 den. Hier muss das Land seine Pflicht erfül-
67 len.

Antrag AS 3
Kreisverband Schwarzwald-Baar

Empfehlung der Antragskommission
Annahme in der Version der Antragskommission

Weg mit der "75 %-Regelung" für Heim- und Pflegekinder!

1 *Empfänger: SPD-Bundestagsfraktion*

2

3 Die SPD setzt sich für eine Abschaffung der
 4 75%-Regelung für Heim -und Pflegekinder
 5 ein und wirkt auf einen Nichtanwendungs-
 6 erlass der Finanzminister hin.

7

8 **Begründung**

9 Wer in Deutschland in einer Pflegefamilie
 10 oder im Heim lebt und eigenes Geld ver-
 11 dient, muss davon in der Regel 75 Prozent
 12 ans Jugendamt zahlen. Diese Regelung gilt
 13 als nicht mehr zeitgemäß, sie bremst Ju-
 14 gendliche auf ihrem Weg in die Selbstän-
 15 digkeit.

16 Gemäß § 91 Abs. 1 Aches Buch Sozialge-
 17 setzbuch - Kinder- und Jugendhilfe (SGB
 18 VIII) werden für vollstationäre Leistungen,
 19 zu denen auch die Unterbringung eines
 20 Kindes oder Jugendlichen bei einer Pfl-
 21 gefamilie nach § 33 SGB VIII gehört, Kos-
 22 tenbeiträge erhoben. Junge Menschen sind
 23 bei vollstationären Leistungen grundsätz-
 24 lich gemäß § 94 Abs. 6 SGB VIII in Hö-
 25 he von 75 % ihres Einkommens kostenbei-
 26 tragspflichtig. Die Höhe des Kostenbeitrags
 27 für junge Menschen findet darin ihre Be-
 28 gründung, dass der Träger der öffentlichen
 29 Jugendhilfe bei vollstationären Leistungen
 30 den vollständigen Lebensunterhalt der jun-
 31 gen Menschen sicherstellt. Der Lebensun-
 32 terhalt umfasst dabei auch einen Barbe-
 33 trag zur persönlichen Verfügung (§ 39 Abs.
 34 2 Satz 2 SGB VIII), der mit den Kostenbeiträ-
 35 gen ausdrücklich nicht verrechnet werden
 36 darf.

... ein. und ~~wirkt auf einen~~
~~Nichtanwendungserlass~~ ~~der~~
 Finanzminister hin.

37 Die Jugendämter können seit Inkrafttreten
38 des KJVVG (Kinder- und Jugendhilfeverwal-
39 tungsvereinfachungsgesetz) am 3. Dezem-
40 ber 2013 im Rahmen ihres Ermessens dar-
41 über entscheiden, ob sie bei jungen Men-
42 schen in stationären Einrichtungen oder
43 in Pflegefamilien von der Kostenheranzie-
44 hung ganz absehen oder einen geringeren
45 Kostenbeitrag erheben.

46 Das Prinzip der Kostenheranziehung über-
47 sieht, dass die Jugendlichen nicht für die
48 Unterbringung in einem Heim oder in einer
49 Pflegefamilie verantwortlich sind. Sie sind
50 nicht die Verursacher des Problems.

51 Anders als Gleichaltrige erleben insbeson-
52 dere Heimkinder das Leistungsprinzip un-
53 serer Gesellschaft als feindlich – und nicht
54 als attraktiv. Diese jungen Menschen ler-
55 nen: Leistung lohnt sich nicht. Jungen Men-
56 schen, die nichts für ihre Unterbringung
57 in vollstationären Einrichtungen können,
58 auch noch bis zu 75 % ihres Nettolohns zu
59 nehmen, ist eine eklatante Benachteiligung
60 gegenüber Altersgenoss*innen, die bei ih-
61 ren Eltern aufwachsen. Bei Pflegekindern
62 kann es je nach Verdienst sogar dazu kom-
63 men, dass sie mehr Geld ans Jugendamt
64 abtreten müssen, als die eigene Unterbrin-
65 gung in der Pflegefamilie kostet. Besonders
66 absurd wird es in Pflegefamilien mit eige-
67 nen Kindern. Während erwerbstätige leib-
68 liche Kinder ihren Nettolohn behalten dür-
69 fen, werden Pflegekinder dazu angehalten,
70 dreiviertel ihres Nettolohns abzugeben.

71 Das empfinden Jugendliche als Missach-
72 tung ihrer Arbeit, auch wenn es vom Heim
73 noch zusätzlich etwas Geld für Freizeit und
74 Kleider gibt. Die 75-Prozent-Regel bremst
75 junge Menschen auf ihrem Weg in die Ar-
76 beitswelt, auf ihrem Weg in die finanzielle
77 Selbstständigkeit, nimmt ihnen die Motiva-
78 tion.

79 Deswegen muss diese Regelung ab-
 80 geschafft werden. Sie ist ungerecht,
 81 benachteiligt Heimkinder massiv, bringt
 82 einen teuren Verwaltungsaufwand mit
 83 sich und verhindert, dass Heimkinder die
 84 Arbeitswelt als attraktiv kennen lernen.
 85 Die betroffenen Jugendlichen sind eher
 86 gefährdet in ALG II abzurutschen, was dem
 87 Staat noch größere Folgekosten verursacht.

Antrag AS 4
Selbst Aktiv Baden-Württemberg

Empfehlung der Antragskommission
Erledigt durch Annahme von G 1 in Fassung
der Antragskommission

Verhinderung von Altersarmut bei noch erwerbsfähigen, pflegenden und sich kümmernden Angehörigen

1 *Empfänger: SPD-Bundestagsfraktion*
 2
 3 Auf dem Weg zur inklusiven Gesell-
 4 schaft fordert die AG Selbst Aktiv Baden-
 5 Württemberg den SPD-Landesvorstand
 6 Ba-Wue, die SPD-Landtagsfraktion Ba-Wue
 7 und den SPD-Landesparteitag Ba-Wue ...
 8 auf zu beschließen:
 9 1. Wer pflegt soll bei Bedarf eine Freistel-
 10 lung von der Arbeit mit Lohnersatzleistung,
 11 die sich am Elterngeld orientiert, beanspru-
 12 chen können. Danach soll bei einer erheb-
 13 lichen Reduzierung oder Einstellung der Er-
 14 werbstätigkeit wegen der Pflege ein steuer-
 15 finanziertes Familiengeld gezahlt werden.
 16 2. In der Langzeitpflege – oft im Sinne einer
 17 24-Stunden Pflege – sollen sie dann nicht
 18 als arbeitslos gelten und somit im Bereich
 19 des Sozialgesetzbuches II mit Fragen der
 20 Zumutbarkeit von Erwerbstätigkeit neben
 21 der Pflege konfrontiert werden. Dies ist un-
 22 gerecht, diskriminierend, entspricht nicht
 23 dem Grundsatz „ambulant vor stationär“

24 und verhindert Teilhabe im Sinne der UN-
25 BRK.

26

27 **Begründung**

28 Das geltende Recht auf Anspruch einer
29 Familienpflegezeit auf Basis einer zinslo-
30 sen Darlehensgewährung und begrenzt auf
31 zwei Jahre hat sich bekanntlich nicht be-
32 währt! Den Angehörigen, die ihre pflege-
33 bedürftigen Angehörigen 'ins Heim geben',
34 werden beim Elternunterhalt seit Jahren
35 steigende Selbstbehalte zugestanden, Ak-
36 tuell gibt es den Gesetzentwurf, wonach
37 dieser bei einem Brutto Einkommen von
38 100.000 Euro liegen soll. In der häusli-
39 chen Langzeitpflege ersparen erwerbsfähi-
40 ge pflegende Angehörige der Pflegeversi-
41 cherung und dem Steuerzahler Milliarden
42 (vielerorts sind vorgesehene Leistungen z.
43 B. für die Tages- und Kurzzeitpflege gar
44 nicht vorhanden, oder die Menschen mit
45 Unterstützungs- und Pflegebedarf wollen
46 diese aus unterschiedlichen Gründen gar
47 nicht), oder sie sind mangels „wohnormna-
48 he“ Beratung gar nicht bekannt.

Antrag AS 5
Selbst Aktiv Baden-Württemberg

Empfehlung der Antragskommission
Zur Beschlussfassung nicht geeignet

Die Rentenbeiträge, die von den Pflegekassen an die Deutsche Rentenversicherung (DRV) bezahlt werden, dürfen beim Bezug von Sachleistungen nicht um bis zu 30 % gekürzt werden

1 *Empfänger: SPD-Bundestagsfraktion*

2

3 Auf dem Weg zur inklusiven Gesell-
4 schaft fordert die AG Selbst Aktiv Baden-
5 Württemberg den SPD-Landesvorstand
6 Ba-Wue, die SPD-Landtagsfraktion Ba-Wue
7 und den SPD-Landesparteitag Ba-Wue ...
8 auf zu beschließen, dass beim Bezug von

9 Sachleistungen die Rentenbeiträge, die für
10 die Angehörigen von den Pflegekassen an
11 die DRV bezahlt werden, nicht um bis zu 30
12 % gekürzt werden.

13

14 **Begründung**

15 Diese kleinlichen Kürzungen werden damit
16 begründet, dass beim Bezug von Sachleis-
17 tungen ja nicht gepflegt werde. Über die-
18 se Zusammenhänge sind Angehörige in al-
19 ler Regel nicht informiert, sie erleiden un-
20 wissend Nachteile in der späteren Rente.
21 Außerdem verkennen diese Kürzungen die
22 Realität häuslicher Pflegesituationen, in de-
23 nen die Angehörigen meistens zu Hilfeleis-
24 tungen für den Pflegedienst hinzu gezogen
25 werden, bzw. man muss ohnehin zu zweit
26 sein. Auch wird die Anwesenheit des Pfl-
27 gedienstes zu Absprachen genutzt und sie
28 ermöglicht es den Angehörigen überhaupt
29 ein Gespräch mit einem anderen Menschen
30 zu führen, was deren Einsamkeit wenig-
31 tens um eine kurze Zeit durchbricht. Wis-
32 sen aber die Angehörigen um diese Zu-
33 sammenhänge, kann dadurch die Stabi-
34 lität familiärer Pflege gefährdet werden,
35 denn Sachleistungen können dann abbe-
36 stellt werden. Echte Teilhabe im Sinne der
37 UNBRK wird verhindert. Schließlich dürf-
38 te der mit den Kürzungen verbundene bü-
39 rokratische Aufwand bei den Pflegekassen
40 höher sein als die beabsichtigte „Ersparnis“.

Antrag AS 6
Selbst Aktiv Baden-Württemberg

Rollstuhlschaukel als inklusives Spielangebot

Empfehlung der Antragskommission
Überweisung an Landesvorstand mit der
Bitte um Überweisung an die SGK

1 *Empfänger: SPD-Landtagsfraktion*

2

3 Auf dem Weg zur inklusiven Gesellschaft
4 fordert die AG Selbst Aktiv Ba-Wue den
5 SPD-Landesvorstand BA-Wue, die SPD-
6 Landtagsfraktion Ba-Wue und den SPD
7 Landesparteitag auf, zu beschließen,
8 dass landesweit und flächendeckend auf
9 häufig frequentierten Spielplätzen, in Park-
10 und Freizeitanlagen Rollstuhlschaukeln
11 installiert werden.

12 Die Zahl der Kinder mit Behinderung
13 steigt, darunter auch die der Schwerst-
14 Mehrfachbehinderten, die auf einen
15 Rollstuhl angewiesen sind und nicht bzw.
16 kaum an den Angeboten konventioneller
17 Schaukeln und Spielgeräten teilnehmen
18 können.

19 Diese Kinder inklusiv zu betreuen ist
20 Aufgabe der Gesellschaft, nicht nur in
21 Kindertages-Einrichtungen und auf schu-
22 lischer Ebene, sondern gerade auch in der
23 Freizeit.

24 Dazu gehören Spielplätze und Freizeitanla-
25 gen, die auf die Bedürfnisse gerade dieser
26 Kinder mit Behinderungen und Kinder mit
27 Beeinträchtigungen eingehen und erfüllen.
28 Eine Rollstuhlschaukel ist für diese Kinder
29 nicht nur ein Spielgerät, es hat auch the-
30 rapeutische Wirkung im Bereich der Wahr-
31 nehmungsförderung, es weckt die Sinne,
32 macht glücklich und sorgt auch so für
33 ein abwechslungsreiches, lehrreiches und
34 wohltuendes körperliches Erlebnis.

35

36 **Begründung**

37 Mit Rollstuhlschaukeln wird diese Lücke
38 zum Teil geschlossen.

39 Die Bundesregierung unterstützt Kommu-
40 nen, die Rollstuhlschaukeln für Rollstuhl-
41 fahrer*innen errichten.

Antrag AS 7
Selbst Aktiv Baden-Württemberg

Empfehlung der Antragskommission
Annahme in der Version der Antragskommission

Toiletten für alle

1 Auf dem Weg zur inklusiven Gesellschaft fordert die AG Selbst Aktiv Baden-Württemberg den SPD-Landesvorstand Ba-Wue, die SPD-Landtagsfraktion Ba-Wue, den SPD-Landesparteitag Ba-Wue auf, zu beschließen, dass landesweit und flächendeckend auf häufig frequentierten Plätzen, in öffentlichen Einrichtungen, Bahnhöfen, Autobahnraststätten und Flughäfen sogenannte „Toiletten für alle“ eingerichtet werden.

12 In diesen können Menschen mit schweren und mehrfachen Behinderungen hygienisch und diskret unter Wahrung ihrer Unabhängigkeit und Autonomie, Inkontinenz einlagen im Liegen von Ihrer Assistenz wechseln bekommen.

18 Eine angemessene Toilettenversorgung ist ein Menschenrecht!

20 Zigtausend Menschen mit schweren und mehrfachen Behinderungen können keine Toilette nutzen. Sie sind inkontinent, tragen Windeln und müssen diese im Liegen wechseln lassen.

25 Unter „Toilette für alle“ versteht man ein Rollstuhl WC mit höhenverstellbarer Sicherheitsliege und Personenlifter zum Transfer von Rollstuhl auf Liege und viel Bewegungsfläche 7 – 12 qm. Fehlen diese, müssen sich die Betroffenen auf dem Fußboden einer öffentlichen Toilette oder auf der Rückbank des Autos auf dem Parkplatz wickeln lassen, was eine menschenunwürdige Situation darstellt.

35

36 **Begründung**

Ersetze Z. 1-6 durch

”Der SPD-Landesparteitag fordert, dass landesweit und flächendeckend auf häufig frequentierten ...”

- 37 Das Menschenrecht auf eine angemessene
- 38 Toilettenversorgung-und hygiene muss für
- 39 alle gewährleistet sein.

G Gesundheit und Pflege

Antrag G 1
Landesvorstand

Empfehlung der Antragskommission
Annahme in der Version der Antragskommission

Pflege für ein solidarisches Land - Gute Pflege geht uns alle an

1 *Empfänger: Bundesparteitag, SPD-*
2 *Bundestagsfraktion*
3
4 Pflege ist Teil der öffentlichen Daseinsvor-
5 sorge. Daraus ergibt sich der Auftrag zu ei-
6 ner Finanzierung und Gestaltung von Pfl-
7 ge, die sich am Gemeinwohl orientiert. Um
8 das zu gewährleisten, müssen Bund, Län-
9 der und Kommunen ihrer jeweiligen Ver-
10 antwortung gerecht werden.
11 Baden-Württemberg hat sich unter dem
12 SPD-geführten Sozialministerium mit dem
13 Wohn-, Teilhabe- und Pflegegesetz bereits
14 auf den Weg gemacht. Fachkräftesicherung
15 und -gewinnung sind der Schlüssel für die
16 Zukunft einer guten Pflege. Daher wurde ei-
17 ne Ausbildungs- und Fachkräfteallianz mit
18 Gewerkschaften, Arbeitgebern, Leistungs-
19 trägern initiiert. Durch mehr Zeit für Pfl-
20 ge soll Arbeitsverdichtung abgebaut wer-
21 den. Die Nachwuchsförderung und Attrak-
22 tivität des Berufs kann durch Verbesserung
23 der Ausbildung in Praxis und Theorie ge-
24 steigert werden. Durch einen Ausbau von
25 Beratung und Unterstützung kann Überfor-
26 derung bei Pflege in der Familie vorgebeugt
27 werden. Hierzu müssen Präventionsange-
28 bote, wie die Seniorensozialarbeit, ausge-
29 baut und mit einem Förderprogramm der
30 Aufbau kommunaler Nahversorgungs- und
31 Sozialraumstrukturen unterstützt werden.
32 Von all diesen Vorhaben ist nach dem Re-
33 gierungswechsel kaum etwas in der prak-
34 tischen Politik der Landesregierung umge-

35 setzt worden. Deshalb machen Sozialde-
 36 mokrat*innen erneut Druck. **Gute Pflege in**
 37 **einem solidarischen Land – das geht uns al-**
 38 **le an.** In Anknüpfung an die Enquetekom-
 39 mission „Pflege“ des Landtags von Baden-
 40 Württemberg, in der viele Maßnahmen für
 41 gute Pflege im Land beschlossen wurden,
 42 und an den Landesparteitagsbeschluss von
 43 22.07.2017 in Balingen fordern wir deshalb
 44 konkrete Verbesserungen für die Pflege.

45 Wir fordern

- 46 • eine Stärkung der Pflegeprofession
- 47 • eine wohnortnahe Organisation von
- 48 Pflege in kommunaler Verantwor-
- 49 tung
- 50 • und eine solidarische Finanzierung
- 51 von Pflege

52

53 **Mehr Personal in der Pflege gewinnen wir,**
 54 **indem wir die Pflegeprofession stärken**

55 Pflegekräfte sind gut ausgebildete, quali-
 56 fizierte Arbeitnehmer*innen, die einen or-
 57 dentlichen Lohn und gute Arbeitsbedin-
 58 gungen verdienen.

59 Für **bessere Arbeitsbedingungen** in der Pfl-
 60 e brauchen wir vor allem mehr gut aus-
 61 gebildetes Personal pro pflegebedürftigem
 62 Menschen. Deshalb wird bis zum Jahr 2020
 63 ein Personalbemessungsinstrument entwi-
 64 ckelt. Daran anknüpfend fordern wir ver-
 65 bindliche, bedarfsgerechte und bundes-
 66 weit einheitliche Personalschlüssel in der
 67 Altenpflege. Durch mehr Personal wird die
 68 Qualität der Versorgung pflegebedürftiger
 69 Menschen verbessert.

70 Außerdem müssen die für unsere Gesell-
 71 schaft so wichtigen Berufe in der Pflege
 72 angemessen vergütet werden. Deshalb
 73 fordern wir einen **flächendeckenden**
 74 **Branchentarifvertrag „Pflege“** mit ein-
 75 heitlichem Urlaubsanspruch, wöchentlich
 76 geregelter Arbeitszeit, Jahressonderzah-

... Deshalb wird bereits jetzt bis zum Jahr
 2020 ...

...einheitliche Personal- und
Fachkräfteschlüssel in der Altenpflege.
Dazu stimmen wir uns eng mit den
zuständigen Gewerkschaften ab. Durch ...

77 lungen sowie Zulagen bei Wochenend-
78 und Nachtarbeit. Dieser Vertrag muss die
79 Errungenschaften aus dem Tarifvertrag für
80 den öffentlichen Dienst aufnehmen. Alle
81 Träger von Pflegeeinrichtungen müssen
82 gute Arbeit und planbare Freizeit für ihr
83 Personal gewährleisten.

84 Wenn sich die Arbeitsbedingungen durch
85 diese Maßnahmen deutlich verbessern,
86 können wir auch mehr Menschen für
87 den wichtigen Pflegeberuf gewinnen.
88 Beschäftigte in der Pflege (ca. 134 223 in
89 Baden-Württemberg (Stand 2017) und
90 bundesweit ca. 1,4 Millionen), wollen wir
91 durch solche Verbesserungen ermöglichen,
92 in Vollzeit zu arbeiten und länger in ihrem
93 Beruf verbleiben zu können.

94 Die in der Pflege Tätigen sind die größ-
95 te Beschäftigtengruppe im Gesundheits-
96 wesen. Wir unterstützen, dass die Pflege
97 politischer wird, die Beschäftigten selbst-
98 bewusster auftreten, sich organisieren und
99 Verbündete für ihre Belange suchen. Und
100 wir wollen, dass die Pflege in Entschei-
101 dungsgremien auf Bundes- und Landesebe-
102 ne besser vertreten ist. Aktuell sind wir
103 noch nicht davon überzeugt, dass Pflege-
104 kammern das geeignete Instrument zur
105 Stärkung und Vertretung der Pflegeprofes-
106 sion sind. Darum werden wir die Arbeit und
107 Wirksamkeit der in einigen Bundesländern
108 gegründeten Kammern kritisch beobach-
109 ten.

110 Wir unterstützen die Ausweitung der aka-
111 demischen Pflegeausbildung und setzen
112 uns für eine erweiterte berufliche Perspek-
113 tive ein. Wir fordern, dass **mehr Kompe-**
114 **tenzen an die Pflegefachkräfte übertragen**
115 werden. Die Helferausbildung ist zwischen
116 den Bundesländern zu harmonisieren, da-
117 mit entsprechende Abschlüsse in jedem
118 Bundesland als Zugang zur Fachkraftaus-

... gute Arbeitszeitkonzepte und ...

... dass die Beschäftigten in der Pflege poli-
tischer werden ...

119 bildung anerkannt werden. Die **Weiterbil-**
120 **dung und Qualifizierung** von erfahrenen
121 Hilfskräften ist auszubauen und mit Kon-
122 zepten zur besseren Vereinbarkeit von Fa-
123 milie und Beruf zu verknüpfen. Wir fordern,
124 dass Baden-Württemberg sich dafür ein-
125 setzt, dass beruflich Pflegenden in Baden-
126 Württemberg der Zugang zu Kinderbetreu-
127 ungsangeboten und zur Pflege eigener An-
128 gehöriger erleichtert wird.

129 Wie in den Abschlussvereinbarungen der
130 *Konzertierten Aktion Pflege* festgehalten,
131 müssen die Länder sich dafür einsetzen,
132 dass die **Umsetzung der neuen Ausbildung**
133 **zur Pflegefachkraft** gelingt. Deshalb for-
134 dern wir, dass Baden-Württemberg ausrei-
135 chend Schul- und Studienplätze zur Verfü-
136 gung stellt und auch die Rahmenbedingun-
137 gen für eine Ausbildung in Teilzeit schafft.
138 Das Land hat darüber hinaus die Pflicht, die
139 Investitions- und Umstellungskosten der
140 Pflegeschulen zu tragen. Außerdem fordern
141 wir, dass das Land die Pflegeschulen über
142 landesspezifische Regelungen der Ausbil-
143 dung informiert und sie bei deren Umset-
144 zung unterstützt.

145 Wir wollen **nicht**, dass Investor*innen auf
146 dem Rücken der Pflegekräfte und zu Las-
147 ten der Versorgungsqualität **Renditen er-**
148 **wirtschaften**. Wenn es allgemeinverbindli-
149 che Tarife und klare Personalschlüssel gibt,
150 schränkt das die Möglichkeit von Inves-
151 tor*innen deutlich ein, ihre Gewinne zu ma-
152 ximieren. Denn Personalkosten sind der
153 weitaus größte Kostenfaktor, an dem zu
154 Gunsten von Renditen gespart wird.

155

156 **Pflege können wir an den Bedürfnissen der**
157 **Menschen ausrichten, indem wir sie wohn-**
158 **ortnah und kommunal gestalten**
159 Menschen wollen auch bei Pflegebedürf-
160 tigkeit so lange wie möglich im vertrauten

Ersetze Z. 140-143:

”... die Pflegeschulen bei der Umsetzung
der Pflegeberufereform umfassend unter-
stützt.

161 Umfeld bleiben. Kommunen sind für das
162 **Vor- und Umfeld von Pflege** verantwortlich.
163 Sie können für gute Rahmenbedingungen
164 sorgen. Denn gutes Leben im Alter braucht
165 nicht nur Pflege, sondern auch Teilhabe-
166 möglichkeiten, Wohnoptionen, Betreuung,
167 Reha-Angebote, Vernetzung etc. Der Zu-
168 gang zu Reha-Leistungen für Pflegebedürf-
169 tige und deren Pflegeleistung muss weiter
170 erleichtert werden. Mehr Angebote von Ta-
171 gesbetreuung entlasten zudem pflegende
172 Angehörige, die dann ihrem Beruf weiter
173 nachgehen können. Das kann am besten lo-
174 kal organisiert werden. Es gibt viele gute
175 Beispiele für erfolgreiche Quartiersprojek-
176 te, die bessere Lebensqualität nicht nur für
177 Pflegebedürftige, sondern auch für die ge-
178 samte Nachbarschaft bringen können. Wir
179 fordern die Landesregierung auf, bei der
180 **Quartiersentwicklung** im Bereich der Pfl-
181 ge möglichst bald die Phase der Ideenent-
182 wicklung und der Finanzierung von befris-
183 teten Modellprojekten abzuschließen und
184 nachhaltig angelegte Strukturen zu unter-
185 stützen.

186 Damit Kommunen ihre Aufgaben besser
187 wahrnehmen können, fordern wir eine **mo-**
188 **derne Landespflegeplanung**, die sie dar-
189 in unterstützt. Die kreisfreien Städte und
190 die Landkreise müssen in ihrer gesetzlich
191 verankerten Zuständigkeit für die Pflege-
192 planung gestärkt werden. Sie haben die
193 Aufgabe, gemeinsam mit potentiellen An-
194 bietern nach Lösungen zu suchen, z.B.
195 durch die Umwidmung von kommuna-
196 len Flächen oder bei Finanzierungsmög-
197 lichkeiten. Die **Landesentwicklungsgesell-**
198 **schaft für Wohnungsbau und Quartiersent-**
199 **wicklung in Baden-Württemberg** – BWoh-
200 nen – soll sich zukünftig unter anderem
201 darum kümmern, auf landeseigenen Flä-
202 chen Wohnraum zu schaffen, mit Kommu-

203 nen und Genossenschaften zu kooperieren,
204 und so dem Wohnungsbau mehr Schub ver-
205 leihen. Im Rahmen der Quartiersentwick-
206 lung innerhalb einer **echten Wohnraumof-**
207 **fensive** für Baden-Württemberg muss das
208 Land künftig dem altersgerechten Woh-
209 nen generell mehr Aufmerksamkeit schen-
210 ken, um der demographischen Entwicklung
211 Rechnung zu tragen.

212 Viele ältere Menschen bleiben auch dann
213 in ihrer Wohnung oder ihrem Haus, wenn
214 sie sich eigentlich lieber verkleinern wür-
215 den. Dieser Wohnraum fehlt dann wieder-
216 um für Familien und wird von Kommu-
217 nen oft kostenintensiv und unter Inkauf-
218 nahme von Flächenverbrauch neu gebaut.
219 Wir wollen, dass Senior*innen die Möglich-
220 keit haben, in **serviceunterstützte, barrie-**
221 **refreie Wohnformen** zu ziehen. Dafür sind
222 Konzepte zu entwickeln, wie plattformba-
223 siert die unterschiedlichen Bedarfe ausba-
224 lanciert werden können. Es ist zu prüfen,
225 wie mit öffentlichen Mitteln Anreize ge-
226 schaffen werden können, um einen Wech-
227 sel in kleinere, ggf. auch betreute Wohnfor-
228 men für ältere Menschen attraktiv zu ge-
229 stalten und zu fördern.

230 Kommunen und Landkreise sind gefordert,
231 neue Wohnformen, altersgerechten Woh-
232 nungsbau und demenzsensible Gemein-
233 den zu gestalten, Betreuung durch Ehren-
234 amt zu fördern, und Teilhabemöglichkeiten
235 auszubauen. Sie sollen im Rahmen der aus-
236 zubauenden Pflegestützpunkte **wohnort-**
237 **nahe Beratungsangebote** etablieren. **Pfle-**
238 **gestützpunkte** haben sich **bewährt**, müs-
239 sen ihre Beratung aber noch stärker am in-
240 dividuellen Bedarf der Betroffenen orien-
241 tiert, zeitnah, umfassend und auch aufsu-
242 chend wahrnehmen können. Darum wol-
243 len wir sie ausbauen und um die Funkti-
244 on eines Pflegelotsen ergänzen. Diese **Pfle-**

~~Dieser Wohnraum fehlt dann wiederum
für Familien und wird von Kommunen oft
kostenintensiv und unter Inkaufnahme von
Flächenverbrauch neu gebaut.~~

245 **gelotsen*innen** sollen den Betroffenen als
246 Begleiter*innen im Pflegealltag zur Seite
247 gestellt werden und gerade auch in ei-
248 ner Akutsituation unterstützen und ein be-
249 darfsgerechtes und nachhaltiges Pflegeset-
250 ting organisieren.

251 Um pflegende Angehörige weiter zu ent-
252 lasten, fordern wir vom Bund, das Kon-
253 zept der **Familienpflegezeit weiterzuentwi-**
254 **ckeln** in Anlehnung an die Elternzeit. Pfl-
255 gezeit muss besser bei der Rente anerkannt
256 werden. Das ist insbesondere wichtig für
257 Eltern von schwerstpflegebedürftigen Kin-
258 dern. Außerdem brauchen wir einen wei-
259 teren Ausbau von Unterstützungsangebo-
260 ten im Alltag durch Bund, Länder und Ge-
261 meinden sowie den **Ausbau von Kurzzeit-**
262 **und Tagespflegeplätzen als** wichtige Bau-
263 steine für die Vereinbarkeit von Pflege, Fa-
264 milie und Beruf. Dazu fordern wir ein 5-
265 Jahres-Programm mit jährlich 500 zusätzli-
266 chen Plätzen pro Jahr, die wir mit 25 Millio-
267 nen Euro pro Jahr aus dem Landeshaushalt
268 fördern wollen.

269 Mit Hilfe der Kurzzeitpflege kann eine
270 Übergangszeit nach einer stationären Be-
271 handlung oder eine kurzfristige Krisensi-
272 tuation in der häuslichen Versorgung be-
273 wältigt werden. Sie ermöglicht pflegenden
274 Angehörigen, einen Rehabilitationsaufent-
275 halt anzutreten oder sich eine Auszeit zu
276 nehmen bzw. in den Urlaub zu fahren.
277 Es sind dringend mehr Kurzzeitpflegean-
278 gebote im Land notwendig. Dafür braucht
279 es eigenständige, auf Kurzzeitpflege spe-
280 zialisierte Einrichtungen. Wir fordern die
281 SPD-Bundestagsfraktion auf, die gesetzli-
282 chen Voraussetzungen für eine wirtschaft-
283 lich tragfähige Vergütungsgestaltung für
284 die Kurzzeitpflege zu schaffen.

285 Ebenso soll die Umwandlung von kleinen
286 Pflegeeinrichtungen mit Doppelzimmern,

287 die die Kriterien der Landesheimbauverord-
288 nung nicht mehr erfüllen, in solitäre Kurz-
289 zeitpflegeeinrichtungen unterstützt wer-
290 den. Allerdings reicht das Angebot an sol-
291 chen Kurzzeitpflegeplätzen momentan bei
292 weitem nicht aus.

293 Die Zulassungskriterien von Nachbar-
294 schaftshilfen für Unterstützungsleistun-
295 gen im Alltag sollen für die nächsten 5
296 Jahre gelockert werden. Der **Ausbau der**
297 **Nachbarschaftshilfe** und der Agenturen
298 für haushaltsbezogene Unterstützungs-
299 leistungen stärkt die Lebensqualität und
300 entlastet pflegebedürftige Angehörige.
301 Sie sind eine wichtige Ergänzung in Zu-
302 sammenarbeit mit Pflegekräften und
303 Pflegediensten.

304 Wir wollen Bewohner*innen-Beiräte und
305 kommunalen Senior*innenvertretungen
306 stärken. Außerdem sind Pflegebedürfti-
307 ge und ihre Angehörigen bei Kontrollen
308 durch MDK (Medizinischer Dienst der
309 Krankenkassen) und Heimaufsicht stärker
310 zu beteiligen.

311

312 **Würdevolle Pflege für alle Menschen kön-**
313 **nen wir sichern, indem wir Pflege solida-**
314 **risch finanzieren**

315 Die private Pflegeversicherung (PPV) trägt
316 im Verhältnis zur sozialen Pflegeversiche-
317 rung ein wesentlich geringeres Risiko (hö-
318 here Einnahmen und geringere Ausgaben
319 pro Versicherten). Sie hat deswegen ca. 34
320 Milliarden Euro Rücklagen aufgebaut, die
321 weder in die Versorgung fließen, noch zur
322 Verbesserung der Qualität in der Pflege
323 zur Verfügung stehen. Mit den Rücklagen
324 könnten über drei Jahrzehnte (!) die aktuel-
325 len Jahresausgaben der PPV geleistet wer-
326 den. Gleichzeitig führt die Systematik der
327 sozialen Pflegeversicherung zu finanzieller
328 Überlastung Einzelner und zu unkalkulier-

”Die hohen baden-württembergischen Zu-
lassungskriterien ...”

329 baren Kosten des Pflegerisikos. Besonders
330 in Haushalten mit niedrigen Einkommen
331 ist die Belastung im Pflegefall hoch: Der
332 Anteil der Pflegekosten am Haushaltsnet-
333 toeinkommen beträgt bei unter 1.300 Eu-
334 ro Einkommen beispielsweise 39,4 Prozent,
335 bei über 3.600 Euro jedoch lediglich 11,55
336 Prozent (ISO Gutachten der HBS 2017). 40
337 Prozent der Pflegebedürftigen, die über ei-
338 nen langen Zeitraum in der stationären
339 Pflege betreut werden, müssen Hilfe zur
340 Pflege in Anspruch nehmen. **Die Pflegebe-
341 dürftigen und ihre Angehörigen gilt es zu
342 entlasten.**

343 Die Systematik aus festen Zuschüssen
344 durch die Versicherung und wachsenden
345 Eigenanteilen hat außerdem zur Folge,
346 dass erwünschte Verbesserungen bei
347 Bezahlung und Personalschlüsseln in der
348 Pflege automatisch zu weiteren, einsei-
349 tigen Belastungen der Pflegebedürftigen
350 führen werden oder (im ambulanten und
351 teilstationären Bereich) auf erforderliche
352 Pflege verzichtet wird und Angehöri-
353 ge noch mehr in Anspruch genommen
354 werden.

355 Wir fordern, dass die pauschalen **Leistungs-
356 beträge** im SGB XI für die Pflege entspre-
357 chend der tatsächlichen Kostensteigerun-
358 gen – auch für die Löhne der Pflegekräf-
359 te – **dynamisiert werden**. Wir wollen die
360 Belastung der Pflegebedürftigen und ih-
361 rer Angehörigen begrenzen und fordern
362 deshalb die **Deckelung der Eigenanteile,
363 die Einführung der Pflegebürgerversiche-
364 rung und den Einsatz von Steuermitteln.**
365 Im Rahmen der Pflegebürgerversicherung
366 können die Rücklagen der privaten Pflege-
367 versicherung in dem Umfang für die soli-
368 darische Finanzierung einer besseren Pfl-
369 ge herangezogen werden, der verfassungs-
370 rechtlich möglich ist. Langfristig streben

371 wir an, dass die gesamten pflegebedingten
372 Kosten durch die Pflegeversicherung getra-
373 gen werden. Kosten für Unterkunft und
374 Verpflegung bei stationärer Pflege sollen
375 im Rahmen häuslicher Ersparnis weiter als
376 Eigenanteile individuell finanziert werden.
377 Die Kosten für die Ausbildung müssen ge-
378 samtgesellschaftlich aus öffentlichen Mit-
379 teln getragen und entsprechend im Landes-
380 haushalt verankert werden.

381 Wir fordern, dass Baden-Württemberg wie-
382 der in die **Förderung der Pflegeinfrastruk-**
383 **tur** einsteigt (Objekt- oder Subjektförde-
384 rung). Eine solche Förderung verringert
385 die von den Pflegebedürftigen zu tragen-
386 den (Investitions-) Kosten in den entspre-
387 chend geförderten Einrichtungen. Gleich-
388 zeitig gewinnt Baden-Württemberg damit
389 die Steuerungsfunktion zur Sicherstellung
390 der Pflegeinfrastruktur im Land zurück.
391 Die Aufhebung der Zuständigkeit der Lan-
392 desregierung für die Rahmenplanung in
393 der Pflege war ein schwerer Fehler der
394 grün-schwarzen Koalition. Stadt- und Land-
395 kreise müssen wieder bei ihrer Pflegepla-
396 nung durch die Landesregierung unter-
397 stützt werden. Denn grundsätzlich sind die
398 Länder nach § 9 SGB XI „für die Vorhaltung
399 einer leistungsfähigen, zahlenmäßig aus-
400 reichenden und wirtschaftlichen pflege-
401 rischen Versorgungsstruktur“ verantwort-
402 lich. Da kein Gleichgewicht zwischen Be-
403 darf und Nachfrage besteht, muss das Land
404 die finanzielle Förderung der Pflegeinfra-
405 struktur wieder massiv ausbauen.

406 Die Rolle von Kommunen und Landkreisen
407 im Vor- und Umfeld von Pflege muss ge-
408 stärkt werden. Freiwerdende Mittel (Ein-
409 sparungen Hilfe zur Pflege) können und sol-
410 len sie in den Ausbau von Infrastruktur und
411 Beratung investieren. Wir brauchen Anpas-
412 sungen in der Wohnungsbau- und Miet-

413 politik, z.B. in Form einer Pflegemietpreis-
414 bremsen (Heim, altersgerechtes und betreu-
415 tes Wohnen).

416 Das Vor- und Umfeld von Pflege und die
417 Herausforderungen einer alternden Gesell-
418 schaft erfordern die Mitarbeit unterschied-
419 licher Politikfelder und Ministerien. Inso-
420 fern ist das Thema Pflege ein politisches
421 Querschnittsthema. Darum fordern wir die
422 Landesregierung auf, eine*n **Landespflege-**
423 **beauftragte*n** zu berufen, die oder der
424 die interdisziplinäre Zusammenarbeit be-
425 fördert und der gesellschaftlichen Relevanz
426 des Themas Pflege die notwendige Auf-
427 merksamkeit verschafft.

428

429 **Fazit**

430 Wenn Baden-Württemberg seiner Verant-
431 wortung gerecht wird, können wir gemein-
432 sam mit Bund und Kommunen dafür sor-
433 gen, dass alle Menschen eine gute und wür-
434 dige Pflege erhalten. Die Stärkung der Pfl-
435 geprofession, die Unterstützung der Kom-
436 munen und Landkreise in ihrer Planungs-
437 und Gestaltungsverantwortung und die
438 Umstellung hin zu einer solidarischen und
439 zukunftsfesten Finanzierung sind dafür die
440 nächsten notwendigen Schritte.

Antrag G 2
ASG Baden-Württemberg

Empfehlung der Antragskommission
Erledigt durch Annahme von G 1 in Fassung
der Antragskommission

Pflegevollversicherung und Bürgerpflegeversicherung

1 *Empfänger: SPD-Bundestagsfraktion*

2

3 1. Die soziale wie private Pflegeversiche-
4 rung werden stufenweise zur Pflegevollver-
5 sicherung entwickelt. Erster Schritt ist die

6 Entwicklung eines Sachleistungskatalogs
7 für Pflege und Betreuung. Die Zuzahlungen
8 der Pflegebedürftigen werden begrenzt.
9 Dabei wird die persönliche Leistungsfähig-
10 keit berücksichtigt. Die Pflegevollversiche-
11 rung ist Grundlage, um die dringend not-
12 wendige bessere Vergütung der Beschäf-
13 tigten, die erforderliche Personalausstat-
14 tung sowie weitere Qualitätsverbesserun-
15 gen ohne Mehrkosten für Pflegebedürftige
16 und Kommunen zu realisieren.

17 2. Es wird die Pflegebürgerversicherung
18 eingeführt. Alle Pflegeversicherten entrich-
19 ten entsprechend ihrem Einkommen soli-
20 darisch prozentual Beiträge und erhalten
21 den gleichen Leistungsanspruch.

22

23 **Begründung**

24 zu 1.

25 Die Pflegevollversicherung ist eine Frage
26 der sozialen Gerechtigkeit. Damit wollen
27 wir Pflegebedürftige und ihre Angehörigen
28 vor den negativen Folgen des Risikos Pfl-
29 ge schützen und zwar vor allem in Bezug
30 auf das finanzielle Risiko, das eine Teilleis-
31 tungsversicherung, wie sie bislang besteht,
32 mit sich bringt. Pflegebedürftige, aber auch
33 die Kommunen (Hilfe zur Pflege) sollen
34 bei Qualitätsverbesserungen in der Pflege
35 nicht zur Kasse gebeten werden, die ent-
36 sprechenden Kosten sollen von der Solidar-
37 gemeinschaft getragen werden. Pflegebe-
38 dürftige arbeiten über Jahrzehnte, erzie-
39 hen Kinder – die künftigen Beitragszahle-
40 rinnen und Beitragszahler – und finanzia-
41 ren so den Sozialstaat. Werden sie pflege-
42 bedürftig, geraten sie schnell in die Situati-
43 on, ihr gesamtes Ersparnis - sofern vorhan-
44 den - aufbrauchen zu müssen und auf das
45 Sozialamt angewiesen zu sein. Das ist un-
46 würdig und im Hinblick auf die Lebensleis-
47 tung dieser Menschen respektlos.

48 Wir wollen deswegen die Pflegevollversi-
49 cherung. Finanziert werden kann sie durch
50 Einsparungen bei der Hilfe zur Pflege und
51 eine moderate Beitragssatzerhöhung. Da
52 dies nicht von jetzt auf gleich möglich ist,
53 wollen wir die Pflegeversicherung schritt-
54 weise hin zu einer Vollversicherung entwi-
55 ckeln. Grundlage ist ein Sachleistungskata-
56 log für Pflege und Betreuung, in dem die
57 von der Versicherung übernommenen Leis-
58 tungen festgelegt sind. Ein solcher Kata-
59 log mit bedarfsgerechten und qualitätsge-
60 sicherten Leistungen hat sich bereits in der
61 Krankenversicherung bewährt. Er kann je
62 nach Bedarf weiterentwickelt werden. Stei-
63 gende Kosten würden von der Versicherung
64 gezahlt.

65 zu 2.

66 Wie die Bürgerversicherung in der Kran-
67 kenversicherung wird auch die Bürgerver-
68 sicherung in der Pflege nachhaltig die Ver-
69 sorgung verbessern, die Solidarität stär-
70 ken und zu mehr Finanzierungsgerechtig-
71 keit führen. Gerade die Pflegeversicherung
72 eignet sich für eine zügige Einführung ei-
73 ner Bürgerversicherung. Private und soziale
74 Pflegeversicherung haben schon heute ei-
75 nen identischen Leistungskatalog.

76 Dennoch gibt es nur einen Finanzausgleich,
77 der die unterschiedlichen Kosten zwischen
78 den sozialen Pflegekassen berücksichtigt.
79 Die Haushalte mit pflegebedürftigen Per-
80 sonen liegen aber mit mehr als 70 Prozent
81 in der unteren Einkommenshälfte. Sie ha-
82 ben damit den größten Teil der Leistungs-
83 ausgaben zu schultern.

Antrag G 3
ASG Baden-Württemberg

Empfehlung der Antragskommission
Annahme in der Version der Antragskommission

Umsetzung des einheitlichen Pflegeentlastungsgesetzes

1 *Empfänger: SPD-Bundestagsfraktion*

2

3 Die SPD Baden-Württemberg begrüßt
4 die Regelung eines einheitlichen Pflege-
5 Entlastungsbudgets aus dem Koalitions-
6 vertrag der GroKo. Sie fordert jedoch,
7 das Tagespflege-Budget nicht in dieses
8 Entlastungsbudget einzubinden, um dafür
9 zu sorgen, dass genügend Mittel für den
10 weiteren Ausbau der Tagespflege zur Ver-
11 fügung stehen. Das Entlastungsbudget soll
12 die Inanspruchnahme von Entlastungs-
13 leistungen für die Pflegebedürftigen und
14 ihre Pflegepersonen erleichtern. Dazu ist es
15 sinnvoll, anstelle des Tagespflegebudgets
16 den monatlichen Entlastungsbetrag von
17 125 € einzubinden. Wir fordern daher die
18 SPD-Bundestagsfraktion auf, das alternati-
19 ve Entlastungsbudget durch die Bündelung
20 von bisherigem Kurzzeitpflegebudget
21 (1.612 €) + Verhinderungspflegebudget
22 (1.612 €) + Entlastungsbetrag (1.500 €) zum
23 01.01.2019 umzusetzen. Daraus ergibt sich
24 ein Jahresbetrag in Höhe von 4.724 €, der
25 insgesamt für Entlastungsleistungen in der
26 Pflege zur Verfügung steht

27

28 **Begründung**

29 Auszug aus dem Koalitionsvertrag, Ab-
30 schnitt Pflege – Seite 97

31 Um Angehörige besser zu unterstützen,
32 gehören insbesondere Angebote in der
33 Kurzzeit- und Verhinderungspflege sowie
34 in der Tages- und Nachtpflege, die beson-
35 ders pflegende Angehörige entlasten, zu ei-
36 ner guten pflegerischen Infrastruktur. Wir

... zum ~~01.01.2019~~ schnellstmöglich umzu-
setzen. ...

37 wollen die o. g. Leistungen, die besonders
38 pflegende Angehörige entlasten, zu einem
39 jährlichen Entlastungsbudget zusammen-
40 fassen, das flexibel in Anspruch genommen
41 werden kann.

42 Mit einem Entlastungsbudget können wir
43 erheblich zur Entbürokratisierung in der
44 ambulanten Pflege beitragen, die häusliche
45 Versorgung stärken und pflegende Ange-
46 hörige entlasten.

47 Ein einheitliches Entlastungsbudget ist aus
48 Sicht der SPD Baden-Württemberg sehr zu
49 begrüßen. Aus der Rückmeldung der Be-
50 troffenen und der Pflegeberatung ist er-
51 kennbar, dass das Nebeneinander von vier
52 verschiedenen Entlastungstöpfen (Zusätz-
53 licher Entlastungsbetrag + Verhinderungs-
54 pflege + Kurzzeitpflege + Tagespflege) mit
55 verschiedenen Voraussetzungen für den,
56 der die Leistung erbringt, regelmäßig dazu
57 führt, dass die bestehenden Möglichkeiten
58 nicht oder nicht ausreichend genutzt wer-
59 den.

60 Die im Koalitionsvertrag vorgesehene Aus-
61 gestaltung des Entlastungsbudgets ist je-
62 doch zu überdenken.

63 Bisher sieht der Koalitionsvertrag folgende
64 Bündelung vor:

65 Tages(Nacht-)pflegebudget + Kurzzeitpfle-
66 gebudget + Verhinderungspflegebudget

67 Um den weiteren Ausbau der Tagespflege
68 nicht zu gefährden, ist es wichtig, hierfür
69 weiterhin ein besonderes Budget vorzuhal-
70 ten. Gerade die Tagespflege ist am besten
71 dafür geeignet, dass Pflegebedürftige mög-
72 lichst lange in ihrer Häuslichkeit verbleiben
73 können. Gleichzeitig werden dadurch ihre
74 Pflegepersonen wesentlich entlastet.

75 Wir schlagen deshalb vor, das einheitliche
76 jährliche Entlastungsbudget wie folgt aus-
77 zugestalten:

78 Kurzzeitpflegebudget + Verhinderungspfle-

79 gebudget + Entlastungsbetrag = 4.724 €
80 jährlich

Antrag G 4
ASG Baden-Württemberg

Empfehlung der Antragskommission
Erledigt durch Annahme von G 1 in Fassung
der Antragskommission

Pflege in Baden-Württemberg

1 *Empfänger: SPD-Landtagsfraktion*
2
3 Die SPD Baden-Württemberg fordert die
4 Landesregierung auf,
5 Pflegebedürftige von Investitions- und Aus-
6 bildungskosten zu entlasten,
7 den Landkreisen und kreisfreien Städten
8 mehr Rechte bei der Planung von Pflegeein-
9 richtungen einzuräumen und
10 mit einem Runden Tisch „Gute Arbeit in der
11 Pflege“ auf die Verbesserung der Arbeitsbe-
12 dingungen, einem höheren Anteil von Voll-
13 zeitarbeitsplätzen und einem längeren Ver-
14 bleib im Pflegeberuf hinzuwirken.

15

16 **Begründung**

17 Anders als bei einem Krankenhausaufent-
18 halt müssen Pflegebedürftige Investitions-
19 und Ausbildungskosten bei ambulanter,
20 teil- und vollstationärer Pflege selbst be-
21 zahlen. Wo die Rente dazu nicht reicht, wer-
22 den mehr als 40 Prozent der Pflegebedürf-
23 tigen zu Empfängern von Sozialhilfe. Es ist
24 daher dringend geboten, Pflegebedürftige
25 von diesen nicht pflegebedingten Kosten zu
26 entlasten.

27 Im Rahmen einer bedarfsgerechten Pfl-
28 geinfrastruktur ist es notwendig, landes-
29 weit eine kommunale Planung zu ermög-
30 lichen und durch zielgerichtete Investitio-
31 nen zu unterstützen. Mit dieser Planung

32 sollen insbesondere qualitativ hochwertige
 33 pflegerische Versorgungsmodelle unter-
 34 stützt werden. Ziel ist es einem vorwiegend
 35 renditegetriebenen Pflegeheimbau entge-
 36 genzuwirken.
 37 Die Verweildauer im Pflegeberuf ist ent-
 38 scheidend von guten Arbeits- und Ein-
 39 kommensbedingungen abhängig. Mit dem
 40 Runden Tisch Pflege soll dieses wichtigs-
 41 te Thema zur Attraktivitätssteigerung der
 42 Pflegeberufe in den Mittelpunkt der Debat-
 43 te um die pflegerische Versorgung in der
 44 Zukunft gerückt werden. Gleichzeitig muss
 45 es darum gehen, die Barrieren für mehr
 46 Vollzeitarbeit in den Pflegeberufen zu be-
 47 seitigen. Gerade die Altenpflege steht mit
 48 mehr als 70 Prozent Teilzeitarbeit an der
 49 Spitze aller Berufe.

Antrag G 5
ASG Baden-Württemberg

Freie Wahl des Pflegeheims

1 *Empfänger: SPD-Landesvorstand*
 2
 3 Die SPD Baden-Württemberg setzt sich auf
 4 allen Ebenen im Land und in den Kommu-
 5 nen, in der Landtagsfraktion, den Kreista-
 6 gen und Gemeinderäten für die freie Wahl
 7 des Pflegeheims durch die Pflegebedürfti-
 8 gen ein. Das Recht auf freie Heimwahl ist
 9 auch für Empfängerinnen von Sozialleis-
 10 tungen (Hilfe zur Pflege) zu gewährleisten.

11
 12 **Begründung**

13 Mit den Pflegestärkungsgesetzen des Bun-
 14 des und insbesondere mit der Einführung
 15 des neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffs
 16 wurden die Leistungen für Pflegebedürft-

Empfehlung der Antragskommission
Annahme

17 tige deutlich verbessert. Zudem wurde
18 Pflegeeinrichtungen die Möglichkeit ein-
19 geräumt, bei Pflegesatzverhandlungen
20 die Bezahlung von Gehältern bis zur Höhe
21 tarifvertraglich vereinbarter Vergütun-
22 gen sowie entsprechender Vergütungen
23 nach kirchlichen Arbeitsrechtsregelungen
24 geltend zu machen (§ 84 SGB XI).

25 Diese Verbesserungen für Pflegebedürfti-
26 ge und Beschäftigte haben jedoch unter
27 der bestehenden Teilfinanzierung der Pfl-
28 geversicherung in einigen Fällen zu erheb-
29 licher Zuzahlung der pflegebedürftigen ge-
30 führt. Für immer mehr Menschen reicht
31 die Rente nicht mehr aus, die steigen-
32 den Zuzahlungen zu leisten. Rund 40 Pro-
33 zent der Bewohner/-innen von Pflegehei-
34 men sind derzeit auf Sozialleistungen (Hilfe
35 zur Pflege) angewiesen. Diese steigenden
36 Belastungen haben in einigen Kreistagen
37 und Gemeinderäten zu Entscheidungen ge-
38 führt, die die freie Wahl des Pflegeheims für
39 diese Menschen einschränken. Heime mit
40 hohen Pflegesätzen, darunter viele tarif-
41 gebundene oder Anwender kirchlicher Ar-
42 beitsrechtsregelungen, bleiben diesen Pfl-
43 gebedürftigen demnach versperrt.

44 Auf der Seite der Einrichtungen führt
45 dies dazu, dass die Flucht aus Tarifver-
46 trägen anhält, bzw. möglichst niedrige
47 Tarifabschlüsse weit unterhalb der Ver-
48 einbarungen des öffentlichen Dienstes
49 angestrebt werden. Nach Berechnun-
50 gen der Hans-Böckler-Stiftung bestehen
51 zwischen tarifgebundenen und nicht
52 tarifgebundenen Einrichtungen Lohn-
53 unterschiede von durchschnittlich 23
54 Prozent. Auch unter dem Gesichtspunkt,
55 Pflegeberufe attraktiver zu machen, setzen
56 sich Sozialdemokrat/-innen für eine freie
57 Heimwahl ein.

58 Das Recht auf freie Heimwahl wird zu-

59 dem in einer Entscheidung des Bundesso-
60 zialgerichts vom 05.07.2018 betont. Dem-
61 nach kann sich der Sozialhilfeträger auf den
62 Mehrkostenvorbehalt im Bereich der Hilfe
63 zur Pflege jedenfalls dann nicht berufen,
64 wenn er an den Verhandlungen über die
65 Pflegesätze nach dem SGB XI beteiligt war
66 und den getroffenen Vereinbarungen nicht
67 widersprochen hat bzw. sein Einvernehmen
68 erteilt hat. -Bundessozialgericht 05.07.2018
69 (B 8 SO 30/16 R)

Antrag G 6
SPD 60 plus Baden-Württemberg

Flächendeckende Ärzteversorgung

1 *Empfänger: SPD-Bundestagsfraktion*
2
3 Die SPD fordert die flächendeckende Ver-
4 sorgung der Bundesbürger durch Ärzte
5 bzw. Gemeinschaftspraxen/-häuser auch
6 in ländlichen und/oder strukturschwachen
7 Gebieten.
8
9 **Begründung**
10 Die Landarztpraxen werden in den nächs-
11 ten Jahren bundesweit altersbedingt
12 schließen, da die Ärzte keinen Nachwuchs
13 finden. Hier muss die Politik gemeinsam
14 mit der Kassenärztlichen Vereinigung
15 gegensteuern und die Medizinstuden-
16 ten schon im Vorfeld für diese Tätigkeit
17 gewinnen, z.B. durch die Herabsetzung
18 des Numerus clausus für Studenten, die
19 sich von vornherein verpflichten, in diesen
20 Praxen einzusteigen.
21 In Zusammenarbeit mit der Kassenärztli-
22 chen Vereinigung ist auch eine bessere Be-
23 zahlung herbeizuführen.

Empfehlung der Antragskommission
Zur Beschlussfassung nicht geeignet

Antrag G 7
Kreisverband Tübingen

Empfehlung der Antragskommission
Annahme in der Version der Antragskommission

Situation in der Geburtshilfe verbessern

1 *Empfänger: SPD-Bundestagsfraktion*
 2
 3 Unser Anspruch ist eine gute Begleitung
 4 der Schwangeren vor, während und nach
 5 der Geburt, denn der Geburtshilfe kommt
 6 eine elementare Bedeutung zu: als Grund-
 7 lage für die Bindung zwischen Mutter und
 8 Kind und damit für deren künftige Be-
 9 ziehung, für die Gesundheit der Mutter
 10 und für die Bereitschaft von jungen El-
 11 tern, von einer Ein-Kind-Familie zu einer
 12 Mehr-Kind-Familie zu werden. Um diese
 13 Ziele zu erreichen ist eine ausreichende
 14 Zahl von gut ausgebildeten freien oder in
 15 Krankenhäusern tätigen Hebammen eben-
 16 so zentral wie eine ärztliche Betreuung von
 17 Schwangerschaften und Geburten, die den
 18 individuellen Bedürfnissen der werdenden
 19 Mütter entspricht und nicht an Missstän-
 20 den in Krankenhäusern oder den Vorgaben
 21 von Kranken- und Haftpflichtversicherun-
 22 gen orientiert ist.
 23 Dagegen stehen folgende Fakten:
 24 1. Die Versorgung werdender Mütter in
 25 der klinischen und außerklinischen
 26 Geburtshilfe ist an vielen Orten in
 27 Deutschland unzureichend. 1991 gab
 28 es in Deutschland 1186 Geburtssta-
 29 tionen, Ende 2017 waren es nur noch
 30 knapp unter 700, was einem Rück-
 31 gang um 40% bei einem gleichzeiti-
 32 gen Rückgang der Geburtenrate von
 33 nur 11% entspricht. Im Jahr 2014 wur-
 34 den in München im Schnitt zwei Ge-
 35 bärende pro Tag unter Wehen von Kli-
 36 niken abgewiesen und in der zwei-

Ersetze Z. 6-12 durch:

“... elementare Bedeutung zu: als Grundla-
 ge für die Gesundheit der Mutter und des
 Kindes und für die Bindung zwischen Mut-
 ter und Kind. Um diese Ziele ...”

37 ten Jahreshälfte 2017 haben 35% aller
38 aller Geburtskliniken in Deutschland
39 mindestens einmal eine Frau unter
40 Wehen abgewiesen. Auch in Baden-
41 Württemberg nimmt die Zahl der Ab-
42 weisungen zu, so dass die freie Wahl
43 des Geburtsortes faktisch nicht mehr
44 gegeben ist. Für Schwangere ist es zu-
45 dem immer schwieriger, eine Hebam-
46 me zur Geburtsvorbereitung oder zur
47 Nachsorge zu finden. So hatten ei-
48 ner Umfrage zufolge 51% der befrag-
49 ten Frauen in Baden-Württemberg
50 ein Problem, eine Hebamme zu fin-
51 den.

52 Eine signifikante Verkürzung der Geburten
53 ist statistisch beobachtbar: Mit Kürzung
54 der Pauschale auf fünf Stunden Geburts-
55 dauer sind Geburten zwischen 2006 und
56 2008 im Schnitt rund 28% schneller gewor-
57 den.

58 1. Der Anteil operativer Eingriffe ist
59 gestiegen. So waren im Jahr 2016
60 31,21% aller Geburten Kaiserschnitt-
61 geburten (nämlich 236.742), obwohl
62 die WHO keinerlei Rechtfertigung für
63 eine Quote von über 10 bis 15%
64 sieht. Hinzu kommen 53.164 vaginal-
65 operative Eingriffe (7% aller Gebur-
66 ten). Die Interventionsrate für alle
67 Geburten liegt bei über 90%, (Ein-
68 leitungen: 162.475/21,42%, 117988 Ge-
69 burten mit verschiedenen Formen
70 der Anästhesie/25,2% der vaginalen
71 Geburten). Interventionsfreie Gebur-
72 ten werden durch die Abrechnung
73 über Fallpauschalen deutlich schlech-
74 ter vergütet als solche mit Eingriffen.

75 2. Die Versicherer von Hebammen und
76 Gynäkolog*innen geben mit der
77 Ausgestaltung ihrer Versicherungen
78 faktisch die Art der Geburten vor, die

79 durchgeführt werden. Versicherer
80 verlangen zum Beispiel Mindestmen-
81 gen oder Vorhaltung bestimmter
82 Notfallversorgungssysteme, um
83 gewisse Geburtsmodi zu versichern.
84 Solche Strukturen sind für Frauen
85 intransparent und problematisch,
86 weil sie u.a. zu überlangen Wegen in
87 die Geburtskliniken mit den damit
88 verbundenen neuen Risiken für die
89 Schwangere führen.

90 3. In Deutschland hängt eine Vielzahl
91 der Regeln und Eingriffe am errech-
92 neten Geburtstermin (ET), obwohl
93 die Dauer einer Schwangerschaft um
94 fünf Wochen variieren kann. Mütter
95 müssen sich ab dem dritten Tag nach
96 dem errechneten Termin (ET+3) einer
97 verpflichtenden Untersuchung durch
98 einen Arzt oder eine Ärztin unterzie-
99 hen, wenn es sich um eine Hausge-
100 burt handelt.

101 4. Werdende Eltern werden häufig nicht
102 ausreichend informiert, welche Ge-
103 burtsarten in einer Klinik angeboten
104 werden. Die Interventionsrate bei Ge-
105 burten für die einzelnen Kliniken ist
106 bislang nicht verpflichtend öffentlich
107 zugänglich.

108 5. Immer wieder kommt es zu Ge-
109 walterfahrungen unter der Geburt.
110 Dazu zählt verbale Gewalt genauso
111 wie ungewünschte Eingriffe wie
112 Muttermunduntersuchungen und
113 -dehnungen ohne Absprache mit der
114 Mutter (sog. *birth rape*). Mit dem
115 Beitritt zur(m Übereinkommen der)
116 Istanbulkonvention hat Deutschland
117 sich verpflichtet, auch in Zukunft
118 alles dafür zu tun, um Gewalt ge-
119 gen Frauen zu bekämpfen, Frauen
120 zu schützen und ihnen Hilfe und

121 Unterstützung zu bieten.

122 6. Zur Situation der Hebammen:

123 Die Arbeitsbedingungen der Hebammen
124 haben sich in den vergangenen Jahren
125 deutlich verschlechtert. So sind die Haft-
126 pflichtprämien für Hebammen stark ge-
127 stiegen, weil die Haftungskosten sehr hoch
128 sind. Die bestehenden Risiken müssen drin-
129 gend anders abgesichert werden, da die Ge-
130 burtshilfe einen gesamtgesellschaftlichen
131 Auftrag erfüllt. Die Vergütung von Hebam-
132 men bei Vorsorge- und Nachsorgeuntersu-
133 chungen ist derzeit mit 38,- pro Besuch
134 deutlich zu gering.

135 Es gibt kaum Hebammen, die ihre Tätig-
136 keit in Teilzeit ausüben. Die aktuelle Staf-
137 felung der Versicherungsbeiträge verhin-
138 dert zusammen mit dem derzeitigen Ver-
139 gütungssystem faktisch, dass der Hebam-
140 menberuf überhaupt in Teilzeit ausgeübt
141 werden kann. Die Zahl der Ausbildungsin-
142 teressent*innen sinkt und die Verweildau-
143 er im Beruf liegt laut Sozialministerium
144 Baden-Württemberg bei nur vier bis sieben
145 Jahre.

146 Konkret wollen wir umsetzen:

- 147 • ein staatliches Absicherungssystem,
148 das die Risiken steuerfinanziert ab-
149 deckt (Geburtshilfe als gesamtgesell-
150 schaftlicher Auftrag/Risiko)
- 151 • Bedarfsorientierte Vergütung der
152 Schwangerenvor- und nachsorge
153 sowie der Geburtshilfe (Entkop-
154 pelung der Geburtshilfe von den
155 Fallpauschalen)
- 156 • Aufnahme der Geburtshilfe in die
157 Grundversorgung (Basisversorgung),
158 um wohnortnahe Geburtshilfe ge-
159 mäß Koalitionsvertrag zu sichern
- 160 • Verbindliche Personalschlüssel nach
161 „10-Punkte-Plan“ von Mother Hood
162 e.V.

- 163 • Vergütung der Externatsanteile der
- 164 Ausbildung, die bei Hebammen und
- 165 in Geburtshäusern stattfinden
- 166 • Erfassung von mütterlichen und
- 167 kindlichen Geburtsschäden in
- 168 klinischer und außerklinischer Ge-
- 169 burtshilfe
- 170 • Sicherstellung einer evidenzbasier-
- 171 ten Geburtshilfe
- 172 • Erfassung der Müttersterblichkeit ge-
- 173 mäß WHO-Empfehlung
- 174 • Meldestelle für Gewalterfahrungen
- 175 unter der Geburt und Umsetzung der
- 176 Istanbulkonvention in Bezug auf Ge-
- 177 burtshilfe
- 178 • Beweislastumkehr zur Frage, ob eine
- 179 Lebensgefährdung des Kindes vorlag
- 180 (die Eingriffe rechtfertigen würde) wäre aus
- 181 unserer Sicht zu prüfen
- 182 • Anerkennung des Geburtszeitraumes
- 183 anstelle des Entbindungstermins
- 184 (Orientierung des Mutterschutzes an
- 185 Mitte des Zeitraumes)
- 186 • mehr Transparenz über Geburtsarten
- 187 und Interventionsraten

188 **Quellen:**

189 IQTIG 2016

190 Analyse zum Änderungsvorschlag „Kosten-

191 stelle Kreißsaal“ von Geburt e.V.

192 Lösungsansätze für eine sichere Geburts-

193 hilfe von Mother Hood e.V.

194 Istanbul-Konvention

195 Koalitionsvertrag

196 WHO-Empfehlung bezüglich Müttersterb-

197 lichkeit <https://sozialministerium.baden->

198 [wuerttemberg.de/de/service/presse/](https://sozialministerium.baden-wuerttemberg.de/de/service/presse/)

199 [pressemitteilung/pid/berichtzur-](https://sozialministerium.baden-wuerttemberg.de/de/service/presse/pressemitteilung/pid/berichtzur-)

200 [versorgungssituation-in-der-](https://sozialministerium.baden-wuerttemberg.de/de/service/presse/pressemitteilung/pid/berichtzur-)

201 [geburtshilfe-liegt-vor/https://idw-](https://sozialministerium.baden-wuerttemberg.de/de/service/presse/pressemitteilung/pid/berichtzur-)

202 [online.de/de/news687971](https://sozialministerium.baden-wuerttemberg.de/de/service/presse/pressemitteilung/pid/berichtzur-)

Antrag G 8
Kreisverband Emmendingen

Empfehlung der Antragskommission
Annahme

Änderung des Krankenhausentgeltgesetzes

1 *Empfänger: SPD-Bundestagsfraktion*

2

3 Die SPD setzt sich dafür ein, dass der § 10
4 des Krankenhausentgeltgesetzes dahinge-
5 hend geändert wird, dass zukünftig bei der
6 Bemessung des Landesbasisfallwertes ein
7 überdurchschnittliches Niveau der Lohn-
8 kosten, in einer Region, berücksichtigt und
9 den Krankenhäusern entsprechend erstat-
10 tet wird.

11

12 **Begründung**

13 Die medizinische Versorgung mit perso-
14 nell ausreichend ausgestatteten Kranken-
15 häusern ist eines der wichtigsten Ziele in
16 der Gesundheitspolitik. Viele Krankenhäu-
17 ser haben jedoch Schwierigkeiten, die Per-
18 sonalkosten zu decken.

19 Ein Problem besteht darin, dass Kranken-
20 häuser, aufgrund eines regional hohen
21 Lohnniveaus bessere Löhne bezahlen, diese
22 jedoch nicht vollständig von den Kranken-
23 kassen erstattet bekommen. Eine Situation,
24 welche sich beispielsweise an der schwei-
25 zerischen Grenze ergibt.

26 In welcher Höhe Krankenkassen den Kran-
27 kenhäusern Lohnkosten erstatten, regelt
28 der gemeinsam festgelegte Landesbasis-
29 fallwert. Wenn es zwischen Krankenhäu-
30 sern und Krankenkassen zu keiner Einigung
31 kommt, entscheidet eine Schiedsstelle. Die
32 Schiedsstelle kann jedoch nach heutiger
33 Rechtslage bei der Bemessung des Landes-
34 basisfallwertes nicht das regionale Lohnni-
35 veau in Schiedssprüchen erhöhend berück-
36 sichtigen. Deshalb ist eine entsprechende
37 Änderung der Regelung im Krankenhaus-

38 entgeltgesetz dringend erforderlich.
 39 In einem Gutachten aus dem Jahr 2018 for-
 40 dert auch der Sachverständigenrat zur Be-
 41 gutachtung der Entwicklung im Gesund-
 42 heitswesen einen Regionalisierungsfaktor,
 43 um regionale krankenhausspezifische Kos-
 44 ten berücksichtigen zu können, welche von
 45 den Krankenkassen zu erstatten sind.

Antrag G 9

Kreisverband Rhein-Neckar

Empfehlung der Antragskommission

Überweisen an: Bundestagsfraktion

Krankenkassenzuschüsse für Zahnersatz, Hörgeräte und Sehhilfen

1 *Empfänger: SPD-Parteivorstand, SPD-*
 2 *Bundestagsfraktion*

3

4 Wir fordern den SPD-Parteivorstand so-
 5 wie die SPD-Fraktion im Deutschen Bun-
 6 destag auf, das soziale Profil der SPD in
 7 der Gesundheitspolitik wiederzubeleben.
 8 Dazu fordern wir eine angemessene Er-
 9 höhung der Krankenkassenzuschüsse für
 10 Zahnersatz, Hörgeräte und Sehhilfen. Die
 11 Fraktion im Bundestag wird aufgefordert,
 12 einen entsprechenden Gesetzesantrag ein-
 13 zubringen.

14

15 **Begründung**

16 Das Auseinanderdriften von Arm und Reich
 17 ist für die Zukunft der gesellschaftlichen
 18 Entwicklung ein sozialer Sprengstoff. Un-
 19 ter anderem tragen dazu die hohen Kos-
 20 ten für Zahnersatz, Hörgeräte und Seh-
 21 hilfen bei einkommensschwächeren Bevöl-
 22 kerungsschichten bei. Das Regelwerk ist
 23 kaum transparent. Diese Schieflage muss
 24 korrigiert werden. Gerade unsere Wähler
 25 erwarten, dass die Sozialdemokratie hier
 26 etwas für sie tut. Studien belegen un-

27 ter anderem, dass einkommensschwäche-
 28 re schlechtere Zähne haben. Der Sozialstaat
 29 muss gleiche Chancen im Gesundheitswe-
 30 sen gewährleisten können.

Antrag G 10
Kreisverband Stuttgart

Empfehlung der Antragskommission
Annahme in der Version der Antragskommission

Apotheken sollen Kondome und Lecktücher kostenfrei ausgeben

1 *Empfänger: SPD-Bundestagsfraktion*
 2
 3 Wir fordern, dass Apotheken Kondome
 4 und Lecktücher kostenlos ausgeben
 5 müssen. Die SPD-Bundestagsfraktion
 6 soll darauf hinwirken, dass das Bundesgesundheitsministerium hierfür ein
 7 Finanzierungskonzept erarbeitet.
 8
 9 Zudem soll das Bundesgesundheitsministerium eine Aufklärungskampagne ins Leben rufen, um über Verhütung, insbesondere die Notwendigkeit von sogenannten
 10 Lecktüchern .beim Oralverkehr aufzuklären.
 11
 12
 13
 14
 15

16 **Begründung**

17 Im Biologieunterricht wird bei Aufklärung
 18 über Verhütung meist ausschließlich über
 19 Kondome und die Pille gesprochen. Allerdings können Infektionskrankheiten beim
 20 Oralverkehr ebenso gut übertragen werden, meist beschränkt sich Aufklärung allerdings auf die Vorbeugung ungewollter
 21 Schwangerschaften. Da in der Bevölkerung
 22 großes Unwissen darüber herrscht, dass
 23 sexuell übertragbaren Krankheiten beim
 24 Oralverkehr durch sogenannte Lecktücher
 25 vorgebeugt werden kann, bedarf es einer
 26 breiten Aufklärungskampagne durch das
 27
 28
 29

Z. 3-8: erledigt durch Beschlusslage (LPT Schwäbisch Gmünd, 11.03.2017)

Z. 9-14: Annahme

30 Bundesgesundheitsministerium, um Infek-
31 tionen mit beispielsweise HIV, Hepatitis
32 oder Darmbakterien einzudämmen.

Antrag G 11
Kreisverband Böblingen

Empfehlung der Antragskommission
Annahme

Erste Hilfe

1 *Empfänger: SPD-Landtagsfraktion*
2
3 Wir halten die Erste-Hilfe-Kenntnisse in
4 Deutschland für unzureichend und das
5 baden-württembergische Rettungsdienst-
6 system für verbesserungswürdig und for-
7 dern daher die Umsetzung der folgenden
8 Punkte:
9 • Die Aufnahme von Erste-Hilfe-
10 Basiswissen in die Lehrpläne der
11 Schulen: Bereits in der Grundschule
12 wäre es möglich, im Zusammenhang
13 mit der Absolvierung der Radfahr-
14 prüfung und Verkehrserziehung,
15 den Schülerinnen und Schülern
16 ein Grundwissen in Erster-Hilfe zu
17 vermitteln. An weiterführenden
18 Schulen könnte das Thema im Biolo-
19 gieunterricht und an verschiedenen
20 Aktionstagen verpflichtenden Ein-
21 gang in den Unterrichtsalltag finden.
22 Die bisher bestehenden über 8000
23 freiwilligen „Schulsanitäter“ leis-
24 ten eine wichtige und vorbildliche
25 Arbeit in diesem Bereich, sind sie
26 doch engagierte Helferinnen und
27 Helfer während des Unterrichts,
28 in den Pausen, bei schulischen
29 Veranstaltungen, Ausflügen und
30 Klassenfahrten. Dennoch sind wir
31 der Meinung, dass das Thema Erste-

32 Hilfe verpflichtend in die Lehrpläne
33 der Schulen aufgenommen werden
34 sollte.

- 35 • Die verbindliche Einführung von
36 Helfer-Vor-Ort-Gruppen in Baden-
37 Württemberg mit gleichzeitiger
38 Einführung einer Entschädigung
39 für die freiwilligen Helfer der Hilfs-
40 organisationen in Anlehnung an
41 das bereits bestehende Feuerweh-
42 gesetz von Baden-Württemberg
43 oder zumindest die Gewährung der
44 Freistellung sowie Aufwandsent-
45 schädigung für die freiwilligen Helfer
46 der Hilfsorganisationen, wie für die
47 Mitglieder der Freiwilligen Feuer-
48 wehren üblich, vgl. Feuerwehrgesetz
49 Baden-Württemberg § 15 Freistel-
50 lung, Entgeltfortzahlung und § 16
51 Entschädigung [1]. Darüber hinaus
52 fordern wir für die Helfer-vor-Ort die
53 Kostenerstattung für deren Material,
54 Geräte und Ausrüstung.
- 55 • Die verpflichtende Anbringung von
56 Defibrillatoren an / in öffentlichen
57 Gebäuden in Baden-Württemberg,
58 bspw. in Rathhäusern.
- 59 • Für Führerscheininhaber die ver-
60 pflichtende Teilnahme an einem
61 Erste Hilfe Training (9UE) im Abstand
62 von acht Jahren mit Erhalt eines
63 Teilnahmezertifikats. Regelmäßig
64 fortgebildete Rettungskräfte sowie
65 medizinisches Personal sind von
66 dieser Regelung ausgenommen.

67

68

69 **Begründung**

70 In Deutschland besteht die Pflicht – laut
71 §323c des Strafgesetzbuches (StGB) – Erste-
72 Hilfe zu leisten, sofern es zumutbar und die
73 Erste Hilfe erforderlich ist. Leider erleben

74 wir heutzutage immer häufiger, dass hilfs-
75 bedürftigen Personen nicht geholfen wird,
76 aus Angst etwas falsch zu machen oder gar
77 dem Opfer größeren Schaden zuzufügen.
78 Mit schätzungsweise 80.000 bis 100.000
79 Fällen pro Jahr ist der plötzliche Herz-
80 tod eine der häufigsten Todesursachen in
81 Deutschland.[2] Vermutlich könnten jähr-
82 lich etwa 50.000 Menschen überleben,
83 wenn in den 15 Minuten bis zum Ein-
84 treffen des Rettungsdienstes Wiederbele-
85 bungsmaßnahmen durchgeführt werden
86 würden. Pro Minute, die bis zum Beginn
87 der Reanimation verstreicht, verringert sich
88 die Überlebenschance des Be-
89 troffenen um etwa 10 %.[3] Wenn nach ei-
90 nem Herzstillstand nicht innerhalb von 2-5
91 Minuten einfache Maßnahmen (vor allem
92 die Herzdruckmassage) durchgeführt wer-
93 den, dann ist ein Überleben unwahrschein-
94 lich.[4]

95 Nur etwa 14 Prozent der Deutschen schät-
96 zen ihre Kenntnisse beim Thema Erste-Hil-
97 fe als ausreichend ein.[5] Dies führt dazu,
98 dass in Deutschland nur in etwa 15%-34 %
99 der Fälle eine Reanimation eingeleitet wird,
100 wobei diese Rate in anderen europäischen
101 Ländern deutlich höher liegt.[6] Darüber
102 hinaus zeigen neueste Studien, dass Frau-
103 en noch seltener mit einer lebensrettenden
104 Herzdruckmassage geholfen wird als Män-
105 nern.[7]

106 Um die notwendigen Kenntnisse in lebens-
107 rettenden Sofortmaßnahmen zu erhalten,
108 ist in Deutschland vor der Erteilung einer
109 Führerschein-erlaubnis die Teilnahme an ei-
110 nem Erste-Hilfe-Kurs obligatorisch. In Pa-
111 ragraph 19 der Fahrerlaubnisverordnung
112 heißt es:

113 *„Bewerber um eine Fahrerlaubnis müssen*
114 *an einer Schulung in Erster Hilfe teilnehmen,*
115 *die mindestens neun Unterrichtseinheiten*

116 zu je 45 Minuten umfasst. Die Schulung
117 soll dem Antragsteller durch theoretischen
118 Unterricht und durch praktische Übungen
119 gründliches Wissen und praktisches Können
120 in der Ersten Hilfe vermitteln.“

121 Umso mehr verwundert es, dass in
122 Deutschland keine Pflicht zur Auffrischung
123 des Erste-Hilfe-Kurses für den Führerschein
124 besteht und dieser unbegrenzt gültig ist.
125 Es wird lediglich empfohlen – alle drei
126 bis vier Jahre – an Auffrischkursen
127 teilzunehmen, um das vermittelte Wissen
128 im Ernstfall auch anwenden zu können.
129 Dieser Tatsache könnte durch regelmäßig
130 verpflichtende Kurse entgegengetreten
131 werden.

132 Ein wichtiges Element im deutschen Ret-
133 tungsdienstsystem übernehmen seit eini-
134 ger Zeit vermehrt die sogenannten Helfer-
135 vor-Ort.[8] Das sind speziell geschulte eh-
136 renamtliche Helfer, die durch eine qua-
137 lifizierte Ausbildung eine schnelle Erst-
138 versorgung des Patienten im jeweiligen
139 Wohnort durchführen können. Helfer-vor-
140 Ort müssen mindestens eine Erste-Hilfe-
141 Grundausbildung von 9 Unterrichtseinhei-
142 ten sowie eine sanitätsdienstliche Ausbil-
143 dung von 48 Unterrichtseinheiten vorwei-
144 sen.[9] Zusätzlich ist ein rettungsdienstli-
145 ches Praktikum von 16 Stunden zu absolvie-
146 ren. Der Helfer-vor-Ort unterliegt einer re-
147 gelmäßigen Fortbildungspflicht von 16 Un-
148 terrichtseinheiten in 2 Jahren und sollte bei
149 einer Organisation oder Einrichtung jähr-
150 lich ein rettungsdienstliches Praktikum von
151 mindestens 8 Stunden ableisten.

152 Die Alarmierung der Helfer-vor-Ort erfolgt
153 durch die jeweilige Rettungsleitstelle,
154 parallel zum hauptberuflichen Rettungs-
155 dienst. Durch die Nähe zum Einsatzort
156 sind die Helfer in der Regel deutlich früher
157 beim Patienten als der Rettungsdienst,

158 was bei lebensbedrohlichen Situationen
159 ein entscheidender Vorteil sein kann. Die
160 Hauptaufgabe der Helfer-vor-Ort ist es,
161 die Zeit zwischen Notruf und Eintreffen
162 des Rettungsdienstes bei medizinischen
163 Notfällen zu überbrücken. Vor allem in
164 ländlichen Gemeinden sind die Helfer-
165 vor-Ort häufig im Einsatz. Allein im ersten
166 Halbjahr 2018 sind die Helfer-vor-Ort
167 des DRK-Ortsvereins Mötzingen-Oberes
168 Gäu zu insgesamt 287 Einsätzen ausge-
169 rückt und mussten 14 Reanimationen
170 vornehmen.[10] Leider ist es so, dass die
171 Helfer-vor-Ort für ihren Einsatz, anders
172 als die Mitglieder der Freiwilligen Feuer-
173 wehren, keinerlei Aufwandsentschädigung
174 erhalten. Auch die Notfallausrüstung wird
175 lediglich durch Spendengelder finanziert.
176 Obwohl die Helfer-vor-Ort mit ihrem
177 Privat-PKW an den Unfallort fahren und
178 teilweise Seite-an-Seite bei Einsätzen der
179 Feuerwehren und anderer Rettungskräfte
180 unterstützen, bekommen sie dafür keiner-
181 lei Entschädigung. Dies möchten wir durch
182 die Einführung eines entsprechenden
183 Gesetzes im Land Baden-Württemberg
184 ändern.

185 [1] [http://www.landesrecht-](http://www.landesrecht-bw.de/jportal/?quelle=jlink&query=FeuerwG+BW&psml=bsbawue-prod.psml&max=true&aiz=true)
186 [bw.de/jportal/?quelle=jlink&query=](http://www.landesrecht-bw.de/jportal/?quelle=jlink&query=FeuerwG+BW&psml=bsbawue-prod.psml&max=true&aiz=true)

187 [FeuerwG+BW&psml=bsbawue-](http://www.landesrecht-bw.de/jportal/?quelle=jlink&query=FeuerwG+BW&psml=bsbawue-prod.psml&max=true&aiz=true)
188 [prod.psml&max=true&aiz=true](http://www.landesrecht-bw.de/jportal/?quelle=jlink&query=FeuerwG+BW&psml=bsbawue-prod.psml&max=true&aiz=true)
189 [2] [https://www.dgai.de/projekte/100-pro-](https://www.dgai.de/projekte/100-pro-reanimation)
190 [reanimation](https://www.dgai.de/projekte/100-pro-reanimation)

191 [3] [https://www.einlebenret-](https://www.einlebenretten.de/docman/presse/124-einlebenretten-100pro-zahlen-fakten-pdf/file.html)
192 [ten.de/docman/presse/124-](https://www.einlebenretten.de/docman/presse/124-einlebenretten-100pro-zahlen-fakten-pdf/file.html)
193 [einlebenretten-100pro-zahlen-fakten-](https://www.einlebenretten.de/docman/presse/124-einlebenretten-100pro-zahlen-fakten-pdf/file.html)
194 [pdf/file.html](https://www.einlebenretten.de/docman/presse/124-einlebenretten-100pro-zahlen-fakten-pdf/file.html)

195 [4] [https://www.einlebenret-](https://www.einlebenretten.de/docman/presse/124-einlebenretten-100pro-zahlen-fakten-pdf/file.html)
196 [ten.de/docman/presse/124-](https://www.einlebenretten.de/docman/presse/124-einlebenretten-100pro-zahlen-fakten-pdf/file.html)
197 [einlebenretten-100pro-zahlen-fakten-](https://www.einlebenretten.de/docman/presse/124-einlebenretten-100pro-zahlen-fakten-pdf/file.html)
198 [pdf/file.html](https://www.einlebenretten.de/docman/presse/124-einlebenretten-100pro-zahlen-fakten-pdf/file.html)

199 [5] <https://www.bussgeldkata->

200 log.org/erste-hilfe-kurs/
 201 [6] <http://www.spiegel.de/gesund-heit/diagnose/herzstillstand-nur-jeder-dritte-bekommt-sofort-hilfe-a-1145858.html>; <https://www.dgai.de/projekte/100-pro-reanimation>
 206 [7] <http://www.sueddeutsche.de/gesund-heit/kreislaufstillstand-frauen-werden-seltener-wiederbelebt-1.3747220>
 209 [8] <http://www.spiegel.de/gesundheit/diagnose/first-responder-wenn-freiwillige-leben-retten-a-1182700.html>
 212 [9] Vgl. § 5 Aus- und Fortbildung HVO Verordnung Baden-Württemberg
 214 [10] Aussage von Torben Voskuhl (Bereit-
 215 schaftsführer DRK-Ortsverein Mötzingen
 216 - Oberes Gäu) bei einem Vortrag vom
 217 17.07.2018 beim SPD-Stammtisch Oberes
 218 Gäu in Bondorf

Antrag G 12
ASG Baden-Württemberg

Empfehlung der Antragskommission
Überweisen an: Landtagsfraktion

Hospizlich-palliative Versorgung in Baden-Württemberg

1 *Empfänger: SPD-Landtagsfraktion*
 2
 3 Die SPD setzt sich für eine flächendecken-
 4 de und hochwertige Hospizversorgung in
 5 Baden-Württemberg ein. Um dies zu ge-
 6 währleisten bedarf es einer Landesplanung
 7 zur Sicherstellung der Versorgung der Be-
 8 völkerung mit ambulanten und stationären
 9 Hospiz-/ Palliativeinrichtungen. Als ersten
 10 Schritt halten wir eine Übersicht in Baden-
 11 Württemberg über die Anzahl der Betreu-
 12 ungsplätze, weiße Flecken in den Land-
 13 kreisen, Wartelisten und damit verbunde-
 14 ne Wartezeiten und eine Schätzung des Be-
 15 darfs in Baden Württemberg für erforder-

16 lich. Die SPD-Landtagsfraktion wird gebe-
 17 ten, gegenüber der Landesregierung durch
 18 eine Anfrage im Landtag Antworten auf
 19 diese Fragen zu finden.

20

21 **Begründung**

22 In den letzten Jahren wird die hospizlich-
 23 palliative Versorgung von immer mehr
 24 Menschen gewünscht. Der Bundesgesetz-
 25 geber hat mit dem Anspruch auf diese
 26 Versorgungsform reagiert. In Gesprächen
 27 mit Betroffenen wird jedoch immer wieder
 28 von langen Wartezeiten berichtet. Hinzu
 29 kommen wohl oft unzumutbar lange
 30 Wege.

31 Ziel sozialdemokratischer Gesundheitspoli-
 32 tik ist eine bedarfsgerechte Versorgung der
 33 Bürgerinnen und Bürger. Dazu bedarf es
 34 auch gut ausgestatteter Einrichtungen mit
 35 entsprechend qualifiziertem Personal.

36 Ein Überblick über die Versorgung in
 37 Baden-Württemberg ist ein notwendiger
 38 erster Schritt, um diese breit akzeptierte
 39 Versorgungsform allen Bürgerinnen und
 40 Bürgern zeitnah anbieten zu können.

Antrag G 13 ASG Baden-Württemberg

Empfehlung der Antragskommission Annahme in der Version der Antragskommission

Zukunftsperspektive für die Ausbildung in Gesundheitsfachberufen

1 *Empfänger: SPD-Bundestagsfraktion*

2

3 Der Bundesvorstand wird aufgefordert für
 4 Gesundheitsfachberufe, deren Ausbildung
 5 auf Grund von Berufszulassungsgesetzen
 6 des Bundes geregelt ist und bisher an Schu-
 7 len des Gesundheitswesens stattfindet, ei-
 8 ne Zukunftsperspektive zu entwickeln, mit

Ersetze Z. 3 durch:

”Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufge-
 fordert ...”

9 der die Sonderrolle dieser Berufe im berufli-
10 chen Bildungssystem beendet wird. Leitge-
11 danken dafür sind

- 12 • die Anwendung des Berufsbildungs-
13 gesetzes,
- 14 • die steuerfinanzierte Ausbildung von
15 Lehrenden für die beruflichen Fä-
16 cher Pflege- und Gesundheitswissen-
17 schaft an Universitäten,
- 18 • die gleichberechtigte theoretischen
19 Ausbildung an Hochschule und staat-
20 licher Berufsschule.

21

22 **Begründung**

23 Aus dem im System der Beruflichen Bil-
24 dung einzigartigen Status der Schulen des
25 Gesundheitswesens resultieren zahlreiche
26 Probleme für die Lehrenden und die Auszu-
27 bildenden, die im Rahmen einzelner Beru-
28 fereformgesetze nicht gelöst werden kön-
29 nen.

30 Wegen des hohen Umfangs der betrieblich-
31 praktischen Ausbildungsanteile ist das
32 Berufsbildungsgesetz anzuwenden. Damit
33 werden die Rechte der Auszubildenden
34 gestärkt (Ausbildungsvergütung, Mitbe-
35 stimmung etc.).

36 Die Schulen sind oft klein, lediglich staat-
37 lich anerkannt und es fehlen Lehrkräfte für
38 allgemeinbildende Inhalte. Die Ausbildung
39 in einem der Gesundheitsfachberufe kann
40 daher nicht mit dem Erwerb eines allge-
41 meinbildenden Abschlusses wie der Fach-
42 hochschulreife verbunden werden.

43 Die Lehrkräfte werden nicht - wie im beruf-
44 lichen Bildungssystem üblich - an Univer-
45 sitäten für ihr jeweiliges Fach ausgebildet,
46 sondern studieren an teilweise sogar priva-
47 ten Fachhochschulen mit hohen Studienge-
48 bühren.

49 Die bisherige Ausrichtung auf einen oder
50 wenige Ausbildungsgänge verhindert

Streiche Z. 18-20

51 gemeinsames Lernen, interprofessionellen
 52 Austausch der Auszubildenden und der
 53 Lehrkräfte und behindert die horizontale
 54 Durchlässigkeit.

Antrag G 14
Selbst Aktiv Baden-Württemberg

Empfehlung der Antragskommission
Überweisung an Bundestagsfraktion und
Landtagsfraktion

Teilhabe, Mitsprache und Gleichstellung pflegender Angehöriger in allen Planungs- und
Entscheidungsgremien zur Pflege

1 *Empfänger: SPD-Bundestagsfraktion*
 2
 3 Auf dem Weg zur inklusiven Gesell-
 4 schaft fordert die AG Selbst Aktiv Baden-
 5 Württemberg den SPD-Landesvorstand
 6 Ba-Wue, die SPD-Landtagsfraktion Ba-Wue
 7 und den SPD-Landesparteitag Ba-Wue auf
 8 zu beschließen, dass gesetzlich verankert
 9 wird, dass pflegende und sich kümmern-
 10 de Angehörige in allen Planungs- und
 11 Entscheidungsgremien einen Sitz und
 12 gleiche Rechte haben und den anderen
 13 Pflegedienstleistern gleichgestellt wer-
 14 den, als echte Teilhabe im Sinne der UN
 15 Behindertenrechtskonvention (UNBRK).
 16 Echte Teilhabe der Betroffenen im Sinne
 17 der UNBRK wird die Mängel des deut-
 18 schen Pflegesystems beseitigen, wie sie
 19 in den Pflegeberichten des Medizinischen
 20 Dienstes des Spitzenverbandes Bund der
 21 Krankenkassen (MDS), besonders auch für
 22 die häuslichen Pflege, benannt werden
 23 (Stichworte: Abrechnungsbetrug und
 24 illegale osteuropäische Arbeitskräfte in
 25 Haushalten der Mittel- und Oberschich-
 26 ten).
 27
 28 **Begründung**

29 Wir alle tragen, wie Menschen mit Behin-
 30 derungen und Menschen Beeinträchtigung-
 31 gen das Risiko, im Alter hilfe- und pflegebe-
 32 dürftig zu werden. Letztere sind häufig zeit-
 33 lebens auf fremde Hilfe und ihre Angehö-
 34 rigen angewiesen, insbesondere wenn As-
 35 sistenz ausfällt, oder nur unzureichend vor-
 36 handen ist. Dies ist in der eigenen Woh-
 37 nung, wie auch in (teil)stationären Einrich-
 38 tungen der Fall.

Antrag G 15
Selbst Aktiv Baden-Württemberg

Empfehlung der Antragskommission
Überweisen an: Bundestagsfraktion

**Kooperation auf Augenhöhe der verschiedenen Berufsangehörigen im Sorge- und Pflegebe-
 reich stärken**

1 *Empfänger: SPD-Bundestagsfraktion*
 2
 3 Auf dem Weg zur inklusiven Gesell-
 4 schaft fordert die AG Selbst Aktiv Baden-
 5 Württemberg den SPD-Landesvorstand
 6 Ba-Wue, die SPD-Landtagsfraktion Ba-Wue
 7 und den SPD-Landesparteitag Ba-Wue ...
 8 auf zu beschließen, - dass die Kooperation
 9 - dass die Kooperation der verschiedenen
 10 Berufsangehörigen verpflichtend gesetz-
 11 lich geregelt wird, insbesondere dadurch,
 12 - dass die Führungs- und Leitungskräfte
 13 für ihre Aufgaben besonders aus-, fort-
 14 und weitergebildet werden, - dass durch
 15 gute, klare, wertschätzende Führung
 16 der durch den Pflegenotstand erzeugte
 17 Zeitdruck wenigstens gemildert wird, -
 18 dass vorhandene Erfahrung, Kompetenz
 19 und Instrumentarien (z. B. Supervision
 20 und Teamentwicklung) genutzt werden,
 21 - dass verstanden wird, dass vulnerable
 22 Menschen Grundrechtsträger im Sinne
 23 der UNBRK sind und dass dies auch für

24 die beruflich und informell Pflegenden
 25 gilt, - dass Pflege und Sorge für vulnerable
 26 Menschen *Beziehungskunst* im Sinne der
 27 UNBRK ist.

28

29 **Begründung**

30 Die Würde des Menschen darf nicht ‚nur‘
 31 nicht angetastet werden, sondern es gilt
 32 auch der dann immer nicht erwähnte
 33 folgende Satz in Artikel 1 Grundgesetz:
 34 „Sie zu achten und zu schützen ist Ver-
 35 pflichtung aller staatlichen Gewalt“, und
 36 „Die nachfolgenden Grundrechte bin-
 37 den Gesetzgebung, vollziehende Gewalt
 38 und Rechtsprechung als unmittelbar gel-
 39 tendes Recht.“ Zeitfresser wie z. B. die
 40 Klärung der Schuldfrage u. Ä. werden zu
 41 Gunsten einer „fehlerfreundlichen Kultur
 42 „zurückgedrängt, denn dabei werden
 43 Fehler als Anzeige für mögliche Verbes-
 44 serungen verstanden und so entstehen
 45 win-win-Situationen für alle Beteilig-
 46 ten. Dadurch können Ausstiege aus dem
 47 Beruf verhindert werden - Stichwort „Ma-
 48 gnetkrankenhäuser / -heime“, d. i. mehr
 49 Personal und weniger Personalwechsel).

Antrag G 16 Selbst Aktiv Baden-Württemberg

Massiver Ausbau der Beratungsstrukturen

1 *Empfänger: SPD-Landesvorstand, SPD-*
 2 *Landtagsfraktion*

3

4 Auf dem Weg zur inklusiven Gesell-
 5 schaft fordert die AG Selbst Aktiv Baden-
 6 Württemberg den SPD-Landesvorstand
 7 Ba-Wue, die SPD-Landtagsfraktion Ba-Wue

**Empfehlung der Antragskommission
 Erledigt durch Annahme von G 1 in Fassung
 der Antragskommission und Rechtslage**

8 und den SPD-Landesparteitag Ba-Wue
9 auf zu beschließen, dass die Beratungs-
10 strukturen so ausgebaut werden, - dass
11 pflegende Angehörige frühzeitig, zuge-
12 hend, aktiv und umfassend informiert
13 und wertschätzend beraten werden, d.
14 h. Pflegestützpunkte müssen wirklich
15 wohnortnah zur Verfügung stehen. Auch
16 Menschen mit Migrationshintergrund
17 müssen hiervon profitieren können und
18 sind in alle Forderungen im Übrigen ein-
19 geschlossen; - dass die Pflegeberatung
20 auch der bundesweit agierenden klei-
21 nen Kassen ihre Verpflichtung nicht nur
22 durch Callcenter und schwer auffindba-
23 re Informationen im Internet erfüllen; -
24 dass Beratung offensiv beworben wird,
25 so dass sie mehr als die derzeit nur um
26 die etwa 5 Prozent der Pflegehaushalte
27 erreicht. - dass auch ‚Randgruppen‘ unter
28 pflegenden Angehörigen im Bewusstsein
29 der ‚Profis‘ und der Öffentlichkeit präsen-
30 ter werden und Beachtung finden. Dies sind
31 • Eltern und besonders Alleinerziehende
32 mit pflegedürftigen Kindern, hier gibt es
33 z. B. kaum Ersatzpersonen und wohnort-
34 nahe Angebote; • Kinder, Jugendliche und
35 junge Erwachsene, die einbezogen sind
36 oder sogar alleinige Pflegeverantwortung
37 tragen, was erheblichen Einfluss auf ihre
38 Gesundheit, ihre Schul- und Berufsbildung,
39 ihren Berufsstart und ihre weitere Per-
40 sönlichkeitsentwicklung hat; • Menschen,
41 deren pflegebedürftige Angehörige im
42 Heim leben und sich dann immer noch
43 dem Vorwurf ausgesetzt sehen, ihre Eltern
44 abgeschoben zu haben.

45

46 **Begründung**

47 Entlastungsangebote, die nicht bekannt
48 sind, können nicht genutzt werden, es kön-
49 nen die mehrfach beschriebenen Überfor-

50 derungen entstehen, woraus Konflikte re-
51 sultieren, die in Aggression und Gewalt,
52 verstanden im weitesten Sinne, münden.

Antrag G 17
Selbst Aktiv Baden-Württemberg

Empfehlung der Antragskommission
Erledigt durch Annahme von G 3 in Fassung
der Antragskommission

Barauszahlung des „Entlastungsbetrags“ (§ 45b SGB XI)

1 *Empfänger: SPD-Bundestagsfraktion*
2
3 Der „Entlastungsbetrag“ in Höhe von 125
4 Euro soll in Ergänzung des Pflegegeldes
5 ebenfalls bar ausbezahlt werden. Damit
6 können auch langjährig vertraute und so-
7 mit hoch qualifizierte „AlltagshelferInnen“
8 bezahlt werden, die nicht bei anerkannt-
9 ten ambulanten Pflegediensten angesie-
10 delt sind, denn dort herrscht auch „Haus-
11 haltsnotstand“.

12
13 **Begründung**
14 Ambulanten Pflegediensten können vie-
15 lerorts solche „AlltagshelferInnen“ nicht
16 finden. Manche können/wollen den da-
17 mit verbundenen Aufwand nicht erbrin-
18 gen. Der Entlastungsbetrag kann somit gar
19 nicht genutzt werden. Langjährig vertraute
20 Putzfrauen, GärtnerInnen, NachbarInnen,
21 FreundInnen haben sich dagegen längst
22 Kenntnisse zu den Besonderheiten ihrer
23 „Schützlinge“ angeeignet, sie sind oft als
24 Vertrauenspersonen bei den Begutachtun-
25 gen des Medizinischen Dienstes der Kran-
26 kenkassen und bei den Beratungsbesuchen
27 der Pflegedienste dabei, können „Kranken-
28 beobachtung“ und haben oftmals schon
29 Notsituationen gemeistert. Die entspre-
30 chenden Vorschriften schränken die Selbst-

31 bestimmung der in dieser Weise hilfsbe-
32 dürftigen Menschen ein, was nicht der UN-
33 BRK entspricht. (Eltern beziehen Elterngeld
34 in bar und nicht als Sachleistung und auch
35 den Vertretungspersonen in der Verhinde-
36 rungspflege wird nicht abverlangt, dass sie
37 den Nachweis erbringen, dass sie qualitäts-
38 gesichert handeln können).

IR Innen und Recht**Antrag IR 1
KV Emmendingen****Empfehlung der Antragskommission
Überweisen an: Landesvorstand****Für ein echtes Recht auf Mitbestimmung - Wahlrecht für Kinder und Jugendliche**

1 *Empfänger: SPD-Bundestagsfraktion*
2
3 Forderung:
4 Das Wahlrecht hat im Laufe seiner Ent-
5 wicklung eine ganze Reihe von Veränderun-
6 gen erfahren und jede dieser Veränderun-
7 gen mag den Zeitgenossen vor ihrer Durch-
8 setzung in gesetzlicher Form einigermaßen
9 utopisch erschienen sein. Als Sklaven das
10 Wahlrecht erhielten, hieß es dies sei das
11 Ende der Demokratie. Als Unvermögende
12 wählen durften, sprach man von einem Un-
13 tergang des politischen Systems. Als Frau-
14 en das Wahlrecht zugebilligt worden war,
15 war die Rede davon, dass diese intellektuell
16 gar nicht in der Lage seien an Wahlen teil-
17 zunehmen.
18 Alle historischen Errungenschaften im
19 Wahlrecht hatten mutige Köpfe an ih-
20 rer Spitze, die für Mitbestimmung und
21 Teilhabe gestritten und gekämpft haben!
22 Nach deutschem Gesetz ist ein 17-Jähriger
23 noch durch die Bank weg unzurechnungs-
24 fähig, um das Grundrecht zur Wahl aus-
25 zuüben. Mit dem Stichtag der Wahl wird
26 aus diesem juristisch vollkommen unpoli-
27 tischen Menschen schlagartig ein mündi-
28 ger Bürger. Doch dieser Gedanke ist absurd.
29 Der mündige Bürger entpuppt sich näm-
30 lich nicht an seinem 18. Geburtstag aus ei-
31 nem Kokon, sondern er entwickelt sich nach
32 und nach und das auch nur unter bestimm-
33 ten Voraussetzungen. Und zu diesen Vor-
34 aussetzungen zählen, ganz zuvorderst, Ak-
35 tivierung und Beteiligung.

36 Nicht erst Bewegungen wie Fridays for Fu-
37 ture haben uns gezeigt, dass sich junge
38 Menschen sehr wohl für Politik begeistern
39 lassen, wenn Politik eine Sprache spricht,
40 die auch verstanden werden kann. Viele
41 Kinder und Jugendliche bringen die erfor-
42 derliche intellektuelle und soziale Reife mit,
43 um an politischen Entscheidungsprozessen
44 mitzuwirken. Die soziale und kognitive Rei-
45 fe zur Ausübung des Wahlrechts hängt von
46 allgemeinen entwicklungspsychologischen
47 Gesetzmäßigkeiten ab und lässt sich nicht
48 an einer bestimmten Zahl festmachen.

49 Wir halten die aktuellen Wahlrechtsaus-
50 schlüsse für ungerechtfertigt und wollen
51 den 13 Millionen ungehörten Kindern und
52 Jugendlichen in diesem Land wieder eine
53 Stimme geben. Daher fordern wir:

54 • die Einführung eines allgemeinen,
55 unmittelbaren, freien, gleichen und
56 geheimen Stimmrechts auch für Min-
57 derjährige und damit die Einführung
58 des Wahlrechts ab der
59 Geburt.

60 • die Einführung eines Wahlregisters
61 für Minderjährige. Wähler*innen, die
62 das 18. Lebensjahr noch nicht erreicht
63 haben, sollen sich einmalig und per-
64 sönlich bei ihrem jeweiligen Wohnort
65 in das Wahlregister eintragen lassen,
66 falls sie zukünftig bei Wahlen teilneh-
67 men möchten.

68 Man stelle sich vor, wie Politik sich ver-
69 ändern würde, mussten Parteien auf ein-
70 mal Rücksicht auf das Stimmgewicht von
71 Kindern und Jugendliche nehmen. Politik
72 musste einfacher, verständlicher und kon-
73 kreter werden, um junge Menschen von
74 sich zu überzeugen. Jugendpolitische The-
75 men würden es viel stärker auf die politi-
76 sche Agenda schaffen und Generationen-
77 gerechtigkeit wäre keine Worthülse mehr.

78 Die Sachlage ist im Grunde einfach und die-
79 sen Tatbestand einmal vor Augen geführt
80 mag es verblüffen, wie man über diese
81 Frage überhaupt eine Kontroverse führen
82 kann. Nicht diejenigen, die ein Recht dar-
83 auf haben gehört zu werden, sollte begrün-
84 den müssen, weshalb man ihnen das Wahl-
85 recht zustehen sollte, sondern jene sollten
86 die Beweislast tragen, die unseren Kindern
87 demokratische Grundrechte vorenthalten.
88 Um es mit den Worten unserer ehemali-
89 gen SPD-Familienministerin zu sagen: „Das
90 Wahlrecht ab der Geburt an macht unsere
91 Gesellschaft solidarischer und unsere De-
92 mokratie aufgeklärter und lebendiger!“

Antrag IR 2**Kreisverband Main-Tauber****Lärmschutz bei traditionellen Volksfesten**

1 *Empfänger: SPD-Landtagsfraktion*
2
3 Die SPD setzt sich im Land Baden-
4 Württemberg dafür ein, das bei tradi-
5 tionellen Festen, die einmal im Jahr statt-
6 finden, die Kommunen selbst entscheiden
7 können, wie lange abends der Festbetrieb
8 stattfinden kann. Dabei sind vor allem an
9 Freitagen und Samstagen Möglichkeiten
10 einzuräumen, bei denen ein Fest auch bis
11 drei Uhr am Morgen des folgenden Tages
12 mit Musik und Ausschank abgehalten
13 werden darf (Sperrzeitverkürzung).

14

Begründung

16 Gerade in ländlichen Gebieten sind
17 traditionelle Straßenfeste, Weinfeste,
18 Altstadtfeste etc. ein wichtiges kulturelles
19 Highlight, was gerade auch für Vereine

Empfehlung der Antragskommission**Erledigt durch Rechtslage**

20 eine eminent wichtige Einnahmequelle
 21 für ihre gemeinnützige Arbeit darstellt.
 22 An diesen wenigen Tagen im Jahr muss
 23 von den Emissionsschutz-Gesetzen ab-
 24 gewichen werden dürfen und in einem
 25 vernünftigen Rahmen der Festbetrieb
 26 weitergehen dürfen, auch wenn dagegen
 27 einzelne Anwohner Beschwerde führen.

Antrag IR 3
Selbst Aktiv Baden-Württemberg

Empfehlung der Antragskommission
Annahme in der Version der Antragskommission

Nichtberechtigte Nutzung von Behindertenparkplätzen

1 *Empfänger: SPD-Bundestagsfraktion*
 2
 3 Der Landesvorstand der AG Selbst Aktiv
 4 Baden-Württemberg fordert, den
 5 SPD-Landesvorstand Ba-Wue, die SPD-
 6 Landtagsfraktion Ba- Wue und den
 7 SPD-Landesparteitag Ba-Wue auf, zu
 8 beschließen, dass bei nichtberechtigter
 9 Besetzung, unberechtigtem Parken, auf ei-
 10 nem nach Straßenverkehrsordnung (STVO)
 11 gekennzeichneten Behindertenparkplatz
 12 eine drastische Erhöhung der Geldbuße
 13 festgelegt und umgesetzt wird.
 14 Eine mißbräuchliche Nutzung ist beson-
 15 ders schwerwiegend für Menschen mit Be-
 16 hinderungen und Menschen mit Beein-
 17 trächtigungen, da sie keine Ausweichmög-
 18 lichkeiten haben.
 19 Mobilität als Grundvoraussetzung für ge-
 20 sellschaftliche Integration bedeutet echte
 21 Teilhabe am gesellschaftlichen Leben.
 22 Für Menschen mit Behinderungen und
 23 Menschen mit Beeinträchtigungen bietet
 24 das Auto eine wichtige Möglichkeit selbst-
 25 bestimmt mobil zu sein.

Ersetze Z. 3-8 durch

”Der SPD-Landesparteitag fordert, dass ...”

Z. 14-45: Begründung

26 Um weite Wege zu verhindern befinden
27 sich Behindertenparkplätze meist direkt
28 vor medizinischen und öffentlichen Einrich-
29 tungen und Gebäuden oder nahe an Ein-
30 und Ausgängen. Sie sind breiter gestaltet
31 als reguläre Stellplätze, damit die Wagen-
32 tür in vollem Radius geöffnet werden kann
33 und sich so für Fahrer*in und Beifahrer*in
34 ein größerer Bewegungsraum bietet.

35 Behindertenparkplätze müssen aus-
36 reichend an zentralen Stellen günstig
37 gelegen ausgewiesen sein. Menschen mit
38 Seh-, und Gehbehinderung und Atem-
39 wegserkrankungen sind auf kurze Wege
40 angewiesen, was auch ihnen die Teilhabe
41 am gesellschaftlichen Leben erleichtert.
42 Rollstuhlfahrer müssen beispielsweise
43 ihren Rollstuhl unmittelbar neben der
44 Fahrer*innentür platzieren können, um
45 ohne Probleme umzusteigen.

46

47 **Begründung**

48 Das Bußgeld von 35 Euro für nichtberechtig-
49 tes, mißbräuchliches Parken muss mit dem
50 mindestens 5-Fachen sanktioniert werden.

Streiche Z.47-50

PO Partei und Organisation**Antrag PO 1**
Landesvorstand**Empfehlung der Antragskommission**
Annahme**Aufstellung der Landesliste zur Bundestagswahl im Gebiet des SPD-Landesverbandes Baden-Württemberg**

1 Auf dem Landesparteitag in Heilbronn im
2 Herbst 2016 haben wir beschlossen, nach
3 den Bundestagswahlen 2017 eine Evaluie-
4 rung und Neuaufstellung unserer inner-
5 parteilichen Strukturen vorzunehmen. Auf
6 dem Parteitag in Donaueschingen 2017 ha-
7 ben wir verabredet, dass dazu auch der Pro-
8 zess der Aufstellung unserer Landesliste zur
9 Bundestagswahl zu zählen ist. Die im Struk-
10 turprozess mit dieser Aufgabe betraute Ar-
11 beitsgruppe hat im Juli 2018 ihre Ergebnisse
12 vorgelegt.

13 Daraus leiten wir folgende Regelungen für
14 die zukünftige Aufstellung der Landeslisten
15 zur Bundestagswahl ab:

16 1. Die Aufstellung der Landesliste wird
17 weiterhin von einer Findungskom-
18 mission vorbereitet, welcher gemäß
19 Beschluss des Landesparteitages von
20 Sindelfingen aus dem Jahr 1997 fol-
21 gende Personen angehören:

22 die/der Landesvorsitzende,

23 die/der Vorsitzende der Landesgruppe
24 der baden-württembergischen SPD-
25 Abgeordneten im Deutschen Bundestag
26 und

27 die vier stellvertretenden Landesvorsitzen-
28 den .

29 Bei Befangenheit von Stellvertretern oder
30 Stellvertreterinnen soll der Landesvorstand
31 auf Vorschlag der Regionen einen Vertreter
32 / eine Vertreterin aus dem jeweiligen Re-
33 gierungsbezirk benennen.

34 1. Die Listenfindungskommission er-

35 arbeitet einen Beschlussvorschlag,
36 welcher durch den Landesvorstand
37 der Landesvertreter*innenversamm-
38 lung zur Aufstellung der Liste zur
39 Bundestagswahl vorgelegt wird.
40 Die Mitglieder der Findungskom-
41 mission stehen den Kreisverbänden
42 zur Verfügung und erläutern das
43 Verfahren.

44 Der Landesvorstand nimmt seine Füh-
45 rungsaufgabe bei der Aufstellung der
46 Landesliste durch die Einreichung eines
47 ausgewogenen Vorschlages wahr.

48 1. Als ein zentrales Problem der vergan-
49 genen Listenaufstellungen haben wir
50 die (mangelnde) Kommunikation und
51 die sich hieraus ergebende geringe
52 Wertschätzung von Kandidierenden
53 identifiziert. Das gilt sowohl für aus-
54 scheidende Abgeordnete als auch für
55 auf nicht erfolgreichen Listenplätze
56 Kandidierende, die das Mandat nicht
57 erreicht haben. Zentral soll daher für
58 jede Reform des Listenaufstellungs-
59 verfahrens der wertschätzende und
60 motivierende Umgang mit den Kan-
61 didierenden stehen.

62 2. Wir führen einen Kandidierenden-
63 konvent als Startpunkt für den Pro-
64 zess der Listenaufstellung und des
65 beginnenden Bundestagswahlkamp-
66 fes durch.

67 3. Die Listenfindungskommission soll
68 vor der Erstellung des Vorschlags
69 jede*n Kandidierende*n einmal ge-
70 sprochen und kennengelernt haben.
71 Hierzu wird ein Kandidierenden-
72 Hearing durchgeführt, bei dem
73 jede*r Kandidierende die Möglichkeit
74 erhalten soll, sich persönlich mit den
75 Mitgliedern der Findungskommissi-
76 on zu treffen, sich vorzustellen und

77 auszutauschen.
 78 4. Jedem/r Kandidierenden wird die
 79 Möglichkeit zur persönlichen Vor-
 80 stellung im Landesvorstand und vor
 81 der Aufstellung des Listenvorschla-
 82 ges eingeräumt, es sei denn er/sie
 83 verzichtet darauf.
 84 d. Bei der Einbringung des Listenvorschla-
 85 ges auf der Landesvertreter*innenver-
 86 sammlung werden die Platzierungsvor-
 87 schläge begründet.

Antrag PO 2
Kreisverband Emmendingen

Mehr SPD in der GroKo oder GroKo-Ende

1 Empfänger: SPD-Parteivorstand, SPD-
 2 Bundestagsfraktion
 3
 4 **Forderung:**
 5 Bei der Europawahl wie schon bei zahlrei-
 6 chen Wahlen zuvor hat die SPD einen neuen
 7 Tiefstand erreicht mit einem historisch dra-
 8 matisch schlechten Ergebnis von 15 Prozent.
 9 Dieses Ergebnis muss eine Zäsur sein. Es
 10 reicht nicht, nun immer wieder aufs Neue
 11 zu betonen, dass wir unsere Erfolge besser
 12 verkaufen müssen, dass wir offensiver wer-
 13 den müssen und klare Kante zeigen müs-
 14 sen. Diese Aussagen werden von den SPD-
 15 Mitgliedern und vielen Bürgerinnen und
 16 Bürgern nur noch als laue Floskeln wahrge-
 17 nommen. Jetzt muss gehandelt werden: Im
 18 Koalitionsvertrag haben wir eine Evaluati-
 19 on nach der Hälfte der Wahlperiode verein-
 20 bart. Wir werden diese auf dem Bundespar-
 21 teitag im Dezember vornehmen. Dort wer-
 22 den wir entscheiden, ob wir genügend SPD-
 23 Projekte umgesetzt haben und ob wir die

Empfehlung der Antragskommission
(Empfehlung erfolgt mündlich)

24 GroKo fortsetzen.
25 Wir fordern deshalb, dass folgende Geset-
26 zesvorhaben noch in diesem Jahr vor dem
27 Bundesparteitag verabschiedet sein müs-
28 sen:
29 - die Einführung einer Grundrente entspre-
30 chend dem Konzept Arbeitsminister Heil
31 - die Verbesserung des Mieterschutzes wie
32 auf dem Wohngipfel beschlossen
33 - den Beschluss des Klimaschutzgesetzes
34 wie von Umweltministerin Svenja Schulze
35 vorgelegt
36 - die Abschaffung des Soli wie im Koaliti-
37 onsvertrag vereinbart
38 - eine Grundsteuerreform, die sich bei
39 der Bemessung der Grundsteuer an dem
40 Grundstückswert und den Miethöhen ori-
41 entiert
42 - Verabschiedung eines Kohleausstiegsge-
43 setzes, was den Kohleausstieg deutlich vor
44 2038 vorsieht
45 Nur wenn die SPD klar und deutlich die
46 wichtigen politischen Themen anspricht
47 und durchsetzt, werden wir wieder Wahl-
48 erfolge erzielen können. Wir müssen liefern
49 und dazu gehört, die o.g. Gesetze durchzu-
50 setzen. Gelingt dies nicht, macht die Gro-
51 Ko keinen Sinn. Nur um Mini-Fortschritte
52 zu erzielen, die von en Wählerinnen und
53 Wählern nicht wahrgenommen werden,
54 braucht es die SPD nicht in der Regierung.
55 Nach Ausscheiden aus der GroKo soll es das
56 Ziel der SPD sein, langfristig auf eine sozial-
57 ökologische Koalition zwischen SPD, Bünd-
58 nis 90/Die Grünen und Linkspartei hinzuar-
59 beiten.
60 Ergibt sich diese Koalition nach Ausschei-
61 den aus der GroKo nicht, gehen wir in
62 die Opposition, um von dort aus weiter
63 für die Ziele einer rot-rot-grünen Regierung
64 zu werben. Nur mit einem sozialökologi-
65 schen Bündnis lassen sich die gravierends-

66 ten Probleme unserer Zeit (Klimawandel,
67 soziale Ungleichheit, strukturelle Benach-
68 teiligung) wirksam bekämpfen. Eine wei-
69 tere Koalition mit der Union würden wir,
70 nach Nichterreichen unserer gesetzten Zie-
71 le, ausschließen.

72 Im Übrigen sind Maßnahmen wie die Per-
73 sonalien Maaßen und von der Leyen kein
74 Beitrag, um das Vertrauen in eine gute
75 Zusammenarbeit mit der Union zu för-
76 dern. Die SPD muss sich deshalb dage-
77 gen engagieren, dass mit Ursula von der
78 Leyen die schwächste Ministerin im Bun-
79 deskabinett den wichtigen Posten der EU-
80 Kommissionpräsidentin erhält.

Antrag PO 3
Kreisverband Rhein-Neckar

Empfehlung der Antragskommission
Überweisen an: Landesvorstand

Anträge auf Kleinen Landesparteitagen vorrangig behandeln

1 *Empfänger: SPD-Landesvorstand*
2
3 Der Landesvorstand und die Landesan-
4 tragskommission werden aufgefordert,
5 dafür Sorge zu tragen, dass Anträge auf
6 kleinen Landesparteitagen (Landesdele-
7 giertenkonferenzen gemäß § 16 im Statut
8 der SPD Baden-Württemberg) vorrangig
9 und als erstes behandelt werden.

10
11 **Begründung**
12 Gerade der kleine Landesparteitag wurde
13 als Arbeitsgremium eingeführt, um der in-
14 haltlichen Debatte ausreichend Raum zu
15 geben. Wenn er diesem Anspruch gerecht
16 werden will, ist es notwendig, Anträge so
17 früh wie möglich zu behandeln. Das wür-
18 de das Engagement der Genoss*innen Wert
19 schätzen und sie ermutigen, Ideen zu ent-

20 wickeln und Anträge zu schreiben – in der
 21 Hoffnung, diese zeitnah und gebührend
 22 diskutieren zu können.

Antrag PO 4

AG Migration und Vielfalt Baden-Württemberg, Jusos Baden-Württemberg, SPDqueer Baden-Württemberg, Selbst Aktiv Baden-Württemberg, ASF Baden-Württemberg, ASG Baden-Württemberg, AGS Baden-Württemberg, ASJ Baden-Württemberg

**Empfehlung der Antragskommission
 Überweisen an: Landesvorstand**

Teilnahme von AG-Vorsitzenden an Landesvorstandssitzungen

1 *Empfänger: SPD-Landesvorstand*

2

3 Der Landesparteitag möge beschließen,
 4 dass die AG-Landesvorsitzenden zukünftig
 5 wieder zu den Landesvorstandssitzungen
 6 der SPD Baden-Württemberg eingeladen
 7 werden und daran teilnehmen können.

8

9 **Begründung**

10 Vor circa drei Jahren beschloss der Lan-
 11 desvorstand der SPD Baden-Württemberg
 12 durch einen gesonderten, internen An-
 13 trag zur Geschäftsordnung (Geschäftsord-
 14 nungsbeschluss), dass die AG Vorsitzenden
 15 auf Landesebene nur noch zu bestimmten
 16 Themen in den Landesvorstand eingeladen
 17 werden und teilnehmen dürfen.

18 Leider kam es in der Vergangenheit zu kei-
 19 nerlei Einladungen oder fachlichen Anhö-
 20 rungen zu bestimmten Themen. Die SPD
 21 möchte eine Partei der Teilhabe und Mit-
 22 gestaltung sein. Sie kann von dem Exper-
 23 tenwissen in umfänglicher Art profitieren.
 24 Deswegen gibt es die Arbeitsgemeinschaf-
 25 ten und viele Genossinnen und Genossen
 26 engagieren sich ehrenamtlich für wichtige

27 Themen unserer Zeit.
 28 Die vielfältigen Schwerpunkte der AGs sind
 29 inhaltlich bei fast allen Fragen des Lan-
 30 desvorstandes ein Thema. Es ist also wich-
 31 tig bei Leitanträgen und Resolutionen früh-
 32 zeitig mit am Tisch zu sein und immer
 33 verschiedene Perspektiven in die politische
 34 Diskussion einzubringen. Im Sinne einer
 35 transparenten und kommunikationsfreudi-
 36 gen, politischen Arbeit bitten wir euch um
 37 eure Unterstützung bzw. euer positives Vo-
 38 tum.

Antrag PO 5
Kreisverband Tübingen

Arbeitskreis Säkulare Sozialdemokrat*innen

1 *Empfänger: SPD-Parteivorstand*
 2
 3 Der SPD-Bundesvorstand wird aufgefor-
 4 dert, endlich einen Arbeitskreis „Säkula-
 5 re Sozialdemokrat*innen“ einzurichten, der
 6 den gleichen Status und Rechte erhält wie
 7 die Partei-Arbeitskreise für Christen, Juden
 8 und Muslime.

9
 10 **Begründung**
 11 Durch einen Artikel in der FAZ vom
 12 19.3.2019 wurde öffentlich bekannt, dass
 13 Lars Klingbeil in einem Brief von Anfang
 14 März als Generalsekretär der SPD dem
 15 informellen Arbeitskreis „Säkulare Sozial-
 16 demokrat*innen“ untersagte, den Namen
 17 „Sozialdemokrat*innen“ im Namen zu
 18 führen. Eine der beiden Vorsitzenden
 19 dieses Arbeitskreises ist die ehemalige
 20 SPD-Bundestagsabgeordnete Lale Akgün;
 21 der andere Adrian Gillmann aus Frankfurt
 22 am Main. Zu den Unterstützern zählen

Empfehlung der Antragskommission
Ablehnung

23 u.a. weitere amtierende oder ehemalige
24 SPD-Abgeordnete aus dem Bundestag
25 oder anderen Landes- oder Kommunal-
26 parlamenten, wie z.B. Lothar Bindig,
27 Daniela Kolbe, Swen Schulz und Ingrid
28 Matthäus-Maier.

29 Lars Klingbeil berief sich in seinem Schrei-
30 ben darauf, der Bundesvorstand habe es
31 bereits vor Jahren abgelehnt, einen sol-
32 chen säkularen Arbeitskreis einzurichten
33 und machte auch für die Zukunft klar, „dass
34 der Parteivorstand keinen Arbeitskreis ein-
35 richten wird“. Klingbeil fügte noch hin-
36 zu: „Außerdem möchte ich unterstreichen,
37 dass die SPD keine laizistische Partei ist und
38 keine Verfassungsänderung in diesem Sin-
39 ne anstrebt.“

40 Natürlich ist es richtig, dass die Frage, wie
41 stark säkular oder laizistisch unser Gemein-
42 wesen sein soll, in der SPD kontrovers dis-
43 kutiert wird und selbstverständlich enga-
44 gieren sich auch gläubige Christen, Juden,
45 Muslime und Angehörige anderer Religio-
46 nen für die Werte und Ziele unserer Partei
47 und sind in der SPD auch, insbesondere seit
48 dem Godesberger Programm von 1959, aus-
49 drücklich willkommen!

50 Gleichzeitig aber gehört Religions- und Kir-
51 chenkritik und das Eintreten für eine kla-
52 re Trennung von Kirche und Staat von An-
53 beginn an zu den Grundüberzeugungen
54 sehr vieler Sozialdemokrat*innen und zu
55 den Zielen ihres politischen Engagements.
56 Mit Blick auf den wachsenden Anteil kon-
57 fessionsfreier wie säkularer Menschen in
58 Deutschland (37%) und der wachsenden
59 Vielfalt an Weltanschauungen ist eine zeit-
60 gemäße Religions- wie Weltanschauungs-
61 politik ein zukunftssträchtiges Thema, dem
62 sich die SPD nicht verschließen sollte. In
63 anderen Parteien sind säkulare Gruppen,
64 wie die Bundesarbeitsgemeinschaft Säku-

65 lare Grüne, schon etabliert.
66 Es ist daher absolut unverständlich und in-
67 akzeptabel, dass der SPD-Bundesvorstand
68 Parteiarbeitskreise für Christen, Juden
69 und Muslimen offiziell zulässt (womit
70 die Antragsteller absolut einverstanden
71 sind), aber gleichzeitig den vielen Atheis-
72 ten und Agnostikern (oder auch säkular
73 denkenden Gläubigen) die offizielle Ein-
74 richtung eines Arbeitskreises „Säkulare
75 Sozialdemo-krat*innen“ verweigert.

Pros Prostitution

Antrag Pros 1
Landesvorstand

Empfehlung der Antragskommission
Annahme

Umsetzung des nordischen Modells in der Prostitution

1 *Empfänger: SPD-Bundestagsfraktion*
2
3 Prostitution ist Ausdruck struktureller
4 Gewalt gegen Frauen und mit der Men-
5 schenwürde nicht vereinbar. Die SPD
6 Baden-Württemberg setzt sich deshalb für
7 die Umsetzung des nordischen Modells in
8 Deutschland und damit für ein Sexkaufver-
9 bot ein. Dazu zählen die Freierbestrafung,
10 die völlige Entkriminalisierung der in der
11 Prostitution Tätigen und flankierende
12 Ausstiegshilfen für Prostituierte und Freier.
13

14 **Begründung**

15 Deutschland ist mit der Liberalisierung
16 des Sexgewerbes 2001 zum „begehrten“
17 Zielland für Menschenhandel zum Zweck
18 der sexuellen Ausbeutung geworden. Der
19 größte Teil der Frauen, die in Deutsch-
20 land als Prostituierte tätig sind, kommt
21 aus dem Ausland (80-95%), meist aus den
22 ärmsten Regionen Südosteuropas. Häu-
23 fig sind die Frauen Angehörige ethnischer
24 Minderheiten. Doch auch vermehrt Mäd-
25 chen und junge Frauen aus Deutschland
26 werden durch die sogenannte Loverboy-
27 Masche in die Prostitution gebracht. Un-
28 ter großer existentieller Not werden Frau-
29 en – und Männer – in Deutschland im
30 Sexgewerbe „vermarktet“ und ausgebeu-
31 tet. Das Sexgewerbe hat sich nach der Li-
32 beralisierung (auch aufgrund der gleich-
33 zeitigen EU-Osterweiterung) ausgeweitet;
34 Deutschland ist heute das Bordell Euro-
35 pas. Zugleich haben die geforderten Prak-

36 tiken und der Umgang mit den Frauen
37 in der Prostitution menschenverachtenden
38 bzw. frauenverachtenden Charakter ange-
39 nommen. Prostitution ist Ausdruck struk-
40 tureller Gewalt gegen Frauen, hat negative
41 Auswirkungen auf die Gesamtgesellschaft
42 und verhindert die Gleichstellung der Ge-
43 schlechter. Prostitution ist Gewalt gegen
44 Frauen – Gewalt gegen alle Frauen, die
45 durch die Existenz des Systems Prostituti-
46 on zur potentiellen Ware werden, häufig
47 aber auch ganz konkret individuelle Gewalt
48 gegen einzelne Prostituierte. Das Prosti-
49 tuiertenschutzgesetz (ProstSchG) von 2017
50 soll die Situation in Ansätzen nachjustie-
51 ren. Das ist erfreulich, setzt aber nicht am
52 eigentlichen Kern an.

SF Steuern und Finanzen**Antrag SF 1****Kreisverband Emmendingen**

Der/Die Bundestagsfraktion möge beschließen:

Unterstützung von Vereinen

- 1 *Empfänger: SPD-Bundestagsfraktion*
- 2
- 3 Der Parteitag fordert die SPD-
- 4 Bundestagsfraktion und die Bundesre-
- 5 gierung auf, unsere Vereine durch folgende
- 6 Maßnahmen zu unterstützen
- 7 - Die Freigrenze in § 64 Abs. 3 Abgabenord-
- 8 nung wird von 35.000 auf 45.000 Euro er-
- 9 höht.
- 10 - Der Übungsleiterfreibetrag in § 3 Nr. 26
- 11 EStG wird von 2.400 auf 3.000 Euro ange-
- 12 hoben.
- 13 - Der Ehrenamtsfreibetrag in § 3 Nr. 26a
- 14 EStG wird von 720 Euro auf 840 Euro ange-
- 15 passt.
- 16
- 17 **Begründung**
- 18 Millionen Menschen sind in Deutschland
- 19 in Vereinen engagiert. Das große Engage-
- 20 ment vieler Bürgerinnen und Bürger im Eh-
- 21 renamt für unsere Gesellschaft kann nicht
- 22 hoch genug eingeschätzt werden. Wir soll-
- 23 ten es aber nicht dabei belassen, nur in
- 24 Sonntagsreden die ehrenamtlich in Verei-
- 25 nen Tätigen zu loben. Vielmehr sollte die
- 26 SPD Vorreiter sein, die Vereine konkret zu
- 27 unterstützen. Aus der Vereinswelt werden
- 28 insbesondere drei steuerliche Maßnahmen
- 29 gefordert, die die SPD unterstützen sollte,
- 30 was mit diesem Antrag beantragt wird.
- 31 1. Eine große Entlastung für Vereine wäre
- 32 es, wenn die Grenze, ab der Vereine als wirt-
- 33 schaftlicher Betrieb steuerpflichtig werden

Empfehlung der Antragskommission

Annahme

34 I.S.d § 64 AO, wie beantragt heraufgesetzt
35 wird. Damit verblieben von den Vereinsein-
36 nahmen mehr Gelder für Jugendarbeit oder
37 die sonstigen Vereinszwecke.

38 2. Zudem wäre es für die Vereine eine Grös-
39 se Hilfe,, wenn die Übungsleiterpauschale
40 heraufgesetzt wird. Dies wäre eine große
41 Entlastung für Jugendtrainer, wenn Sie z.B.
42 Fahrtkosten umfangreicher von der Steu-
43 er absetzen könnten als heute. Dies wäre
44 auch eine wichtige Maßnahme, um wieder
45 mehr JugendtrainerInnen und Jugendgrup-
46 penleiterInnen zu finden, was bekanntlich
47 derzeit immer schwerer wird.

48 3. Diesem Ziel dient auch die dritte von uns
49 beantragte Maßnahme, nämlich den Eh-
50 renamtsfreibetrag zu erhöhen. Damit un-
51 terstützen wir alle, die sich zwar nicht als
52 Übungsleiter, aber dennoch in anderen Ver-
53 einsämtern engagieren.

54 Alle beantragten Maßnahmen führen zu
55 etwas geringeren Steuereinnahmen. Ange-
56 sichts der großen gesellschaftlichen Bedeu-
57 tung unserer Vereine ist dies aber vertret-
58 bar, um Vereine und ehrenamtlich Enga-
59 gierte besser zu unterstützen.

60 Der Bundesrat hat sich mit Unterstüt-
61 zung bzw. Auf Initiative SPD-regierter
62 Bundesländer für die genannten Maß-
63 nahmen ausgesprochen, insbesondere
64 weil die Freibeträge seit vielen Jahren
65 nicht mehr erhöht wurden. Weil gerade in
66 Baden-Württemberg Millionen Menschen
67 Vereinsmitglieder sind und sich in Vereinen
68 ehrenamtlich für ihre Mitbürgerinnen
69 und Mitbürger engagieren, sollte der SPD-
70 Parteitag ein klares Signal für die konkrete
71 Unterstützung von Vereinen setzen. Wir
72 wollen mit ganz konkreten finanziellen
73 Hilfen und steuerliche Verbesserungen
74 die Vereine und die ehrenamtlich Tätigen
75 unterstützen.

Antrag SF 2
Kreisverband Lörrach

Empfehlung der Antragskommission
Annahme in der Version der Antragskommission

Transparenz für Prämien und Provisionen bei Finanzgeschäften

1 *Empfänger: Landesverband, SPD-*
 2 *Bundestagsfraktion*
 3
 4 Die SPD setzt sich für eine Offenlegung
 5 von Prämien und Provisionen bei Finanz-
 6 Versicherungs-und Immobiliengeschäften
 7 ein. Hierzu soll vor der Unterzeichnung
 8 eines Vertrags, den Käufern*innen die
 9 gezahlten Prämien für die Vermittler*in-
 10 nen, auf dem Angebot sowie auf dem
 11 Kaufvertrag vermerkt sein.

12

13 **Begründung**

14 Beim Verkauf von Versicherungen, Bank-
 15 produkten und Immobilien ist es üblich,
 16 dass Makler*innen, Versicherungsvertre-
 17 ter*innen und Berater*innen hohe Prämien
 18 und Provisionen erhalten. Dies kann bis zu
 19 mehreren 1000 € je Vertrag ausmachen,
 20 bei Immobilien mehrere 10.000€.
 21 Dies führt zu falscher Beratung bis hin zu
 22 Betrug. Durch die Offenlegung dieser Prä-
 23 mien und Provisionen würde dem Miss-
 24 brauch entgegengewirkt und der Verbrau-
 25 cher*innen geschützt. So ist es für Ihn ein-
 26 facher, eine Übervorteilung oder einen Be-
 27 trug zu erkennen. Dadurch das ein Verbrau-
 28 cher*innen die höhen Provisionen sieht,
 29 kann dies in die Kaufentscheidung mit ein-
 30 bezogen werden.

Ersetze Z. 4-11 durch

”Die SPD setzt sich für eine Offenle-
 gung von effektiven Gesamtkosten,
aufgeschlüsselt nach Prämien, Provisionen
und Gebühren, für die Käuferin und den
Käufer ein.”

Antrag SF 3

**Kreisverband Lörrach, Kreisverband
Schwarzwald-Baar**

Gutes Vermögenssteuergesetz

1 *Empfänger: SPD-Landesvorstand, SPD-*
2 *Bundestagsfraktion*

3
4 Die SPD setzt sich für die Einführung ei-
5 ner Vermögenssteuer für Personen, die in
6 Deutschland leben sowie einen deutschen
7 Pass haben, ein. Oberhalb eines Freibetrags
8 von 2 Millionen Euro fordern wir eine jähr-
9 liche Besteuerung von 1%, ab 50 Millionen
10 von 3% und ab 500 Millionen von 5%.

11 Diese muss so konstruiert sein, dass sie
12 grundgesetzkonform ist und eine Geld-
13 flucht in juristische Personen unmöglich
14 macht.

15 Zur Erfassung der bestehenden Vermögen
16 fordern wir die unverzügliche Einführung
17 einer Vermögenssteuer von 0 %. So werden
18 Daten erfasst und der Kampf gegen Steuer-
19 hinterziehung kann intensiviert werden.

20

Begründung

22 Die Kluft zwischen Vermögenden und dem
23 Rest der Bevölkerung wächst seit dem
24 Amtsantritt der Regierung Kohl im Jahr
25 1982 kontinuierlich an. Die Abschaffung der
26 Vermögenssteuer hat dazu geführt, dass
27 momentan nicht einmal bekannt ist, wie
28 hoch die Vermögen in Deutschland tat-
29 sächlich sind. Die Digitalisierung wirkte
30 hier wie ein Katalysator, da die Möglichkei-
31 ten für Geldhandel einfacher und vielfälti-
32 ger geworden sind und es einfacher wird
33 Vermögen dem Zugriff der Gemeinschaft
34 zu entziehen.

35 Die Einkünfte können je zu einem Drittel in
36 eine Entlastung der Einkommen, eine Rück-

Empfehlung der Antragskommission

**Annahme in der Version der Antragskom-
mission**

Ersetze Z. 5-7 durch

... Vermögenssteuer für in Deutschland
Steuerpflichtige ein. Oberhalb ...

~~Diese muss so konstruiert sein, dass
sie grundgesetzkonform ist und eine
Geldflucht in juristische Personen
unmöglich macht.~~

37 zahlung von Staatsschulden sowie in Inves-
38 titionen in Bildung fließen. So kann vor al-
39 lem den zukünftigen Generationen eine si-
40 cherere Grundlage geschaffen werden.
41 Dies hat zur Folge, dass die Finanzierung
42 der Staatsaufgaben mehr und mehr auf
43 dem Rücken derjenigen erfolgt, die ihr Ein-
44 kommen aus Arbeit und nicht aus der Ren-
45 dite von Vermögen beziehen.
46 Diese Ungerechtigkeit führt zu wachsen-
47 den Spannungen und vor allem Frust über
48 Parteien, die dies eigentlich bekämpfen
49 wollen. Als SPD müssen wir diesen Trend
50 umkehren und den starken Schultern im
51 Land wieder einen angemessenen Anteil zu
52 tragen geben.

UVN Umwelt, Verkehr und Nachhaltigkeit

Antrag UVN 1
Kreisverband Stuttgart

Empfehlung der Antragskommission
Annahme in der Version der Antragskommission

Novellierung des Klimaschutzgesetzes

1 *Empfänger: SPD-Landtagsfraktion*

2

3 Die Landtagsfraktion wird aufgefordert,
 4 sich bei der Novellierung des Klimaschutz-
 5 gesetzes des Landes Baden-Württemberg
 6 dafür einzusetzen, dass alle Stadtkreise
 7 und großen Kreisstädte bei der Umset-
 8 zung der Wärmewende gesetzlich dazu ver-
 9 pflichtet werden, den Umbau der Wärme-
 10 versorgung auf dezentrale Strukturen und
 11 auf erneuerbare Energien zu planen und in
 12 einem definierten Zeitrahmen zu realisie-
 13 ren. Sie werden dabei mit einem umfang-
 14 reichen Förderprogramm unterstützt. Zu-
 15 dem sollen die Fernwärme-Netzbetreiber
 16 ein Konzept für die Umstellung auf erneu-
 17 erbare Energien vorlegen und realisieren.
 18 Insbesondere die EnBW ist in der Pflicht, ein
 19 Konzept zu erarbeiten, dass sie gemeinsam
 20 mit den Kommunen vor Ort und nicht ge-
 21 gen sie (wie z.B. in Stuttgart) realisiert. Die
 22 Landesregierung wird aufgefordert, dahin-
 23 gehend auf die EnBW einzuwirken.

24

25 **Begründung**

26 *Bereits Hermann Scheer war überzeugt: Den*
 27 *Umbau der Energieversorgung auf erneu-*
 28 *erbare Energien müssen wir dezentral und*
 29 *flächendeckend gestalten, oder die Energie-*
 30 *wende findet nicht statt.*

31 Die Zeit drängt, und die Bürger in unserem
 32 Land erwarten, allen voran die jungen Men-
 33 schen, dass die SPD sich für die Klima- und
 34 Energiewende in Baden-Württemberg ein-

Einfügen in Z. 18:

„Insbesondere Energieversorger in
öffentlicher Trägerschaft, wie z.B. die
EnBW, sind in der Pflicht ...“

35 setzt. Neue gesetzliche Vorgaben der Bun-
36 desebene werden bald kommen. Nun ist
37 das Land gefragt – und wir sagen: mit ei-
38 nem mutigen KSG müssen die Kommunen
39 jetzt in die Lage versetzt werden, gleichzei-
40 tig zu steuern und zu planen. Klimaschutz
41 und Energiewende sind z.Zt. der wichtigste
42 Teil der öffentlichen Daseinsfürsorge. Hier
43 hat die Kommune hoheitliche Aufgaben,
44 die sie wieder in die Hand nehmen muss:
45 nicht von oben nach unten, sondern zusam-
46 men mit den Betroffenen und dezentral ori-
47 entiert, um der Demokratie gerecht zu wer-
48 den. Lasst uns nach den Erneuerungskonfe-
49 renzen im wirklichen Leben.

50 **Wir brauchen ein lokales, kommunales En-**
51 **ergiedenken:**

52 Wir müssen die Strukturen der bisherigen
53 Energieversorgung radikal umbauen und
54 dezentralisieren: dabei ist die Energiewen-
55 de primär eine Wärmewende! Denn mehr
56 als die Hälfte unseres Energieverbrauchs
57 entfällt auf Raumwärme, Warmwasser und
58 Prozesswärme (für Raumwärme ca. 28%,
59 für Warmwasser ca. 5% und für Prozesswär-
60 me der Wirtschaft/ Industrie ca. 21%).

61 In den Kommunen müssen dringend de-
62 zentrale Systeme entwickelt werden: Im
63 „Querverbund“ lassen sich die verschiede-
64 nen regenerativen Energie- und Wärme-
65 quellen (Fernwärme, Blockheiz-kraftwerke,
66 Erdgas, Biogas, Solarenergie, sowie in-
67 dustrielle Abwärme) in den Kommunen
68 ökonomisch und nachhaltig verknüpfen.
69 Wir brauchen keine Einzelhaus-Strategie,
70 d.h. die energetische Sanierung eines
71 Hauses nach dem anderen, denn es würde
72 Jahrzehnte dauern, und die einzelnen
73 Gebäude-besitzer finanziell überfordern,
74 - sondern nachbarschaftliche und quar-
75 tiersbezogene Stra-tegien. Das verlangt
76 schnelle Strukturveränderungen in jeder

77 Kommune, und das Geld dafür ist da.
78 Strategien und praktische Erfahrungen in
79 vielen Städten und Kommunen liegen vor:
80 Der dezentrale Umbau der Versorgung ge-
81 schieht in sog. Quartierskonzepten, mit
82 Bürgermitsprache und mit demokratischer
83 Planung und Gemeinwesenarbeit auf der
84 Ebene einer Stadt, eines Stadtteils. Oft kann
85 der Umbau mit gemeinschaftlichen Lösun-
86 gen unter benachbarten Häusern begin-
87 nen. Diese sind nicht nur preiswerter als
88 individuelle Lösungen, sondern auch zu-
89 kunftsfähiger, und viele solcher Ansatz-
90 punkte lassen sich zu Quartierskonzepten
91 verbinden. Ein solches Wärmekonzept
92 im Quartier ist das Ziel der kommunalen
93 Wärmeplanung: sie beginnt mit einer
94 Bestandsaufnahme, und führt über professionell
95 moderierte Planungsschritte gemeinsam
96 mit den Bürgern zuerst zu einer Potenzial-
97 und Machbarkeitsanalyse, dann zu verschiedenen
98 vorstellbaren Varianten und schließlich zur
99 Abstimmung über das örtlich passende
100 Konzept und über die Umsetzungsschritte.
101
102 Diese Entwicklung braucht einen struk-
103 turpolitischen Bezugsrahmen: mit neuen
104 gesetzlichen Vorgaben der Bundesebene
105 und mit dem kommenden baden-württembergischen
106 KSG.
107 **Energiewende und Sozialpolitik gehören**
108 **zusammen**
109 Neue Formen der Planung und Steuerung
110 brauchen wir nicht nur für die Transformation
111 der Energie- und Wärmeversorgung,
112 sondern auch für den Bereich Wohnen. Wir
113 fordern daher auch für das Wohnen zusätzliche
114 neue Steuerungsformen, damit die Mieten nach
115 energetischen Sanierungen bezahlbar bleiben.
116 Alternative Energiegewinnung und alternative
117 Versorgungsstrukturen sind auch Sozialpolitik für al-

119 le, energetische Sanierungen müssen so-
120 zialverträglich gestaltet werden. Mit einer
121 nachhaltigen und dezentralen Energiever-
122 sorgung in den Kommunen, der es nicht
123 ausschließlich um Profitmaximierung geht,
124 können die Kosten für die Bürger langfristig
125 eingedämmt werden. Alle Menschen müs-
126 sen sich in Zukunft Strom und Wärme leis-
127 ten können. Auf diesem Weg leistet die En-
128 ergiewende ihren Beitrag zur Sozialpolitik.
129 Zur Frage, wie die notwendigen Sanie-
130 rungsmaßnahmen finanziert und ihre Las-
131 ten gerecht verteilt werden können, wer-
132 den verschiedene Modelle diskutiert. So
133 schlagen der Deutsche Mieterbund, der
134 Deutsche Naturschutzring und der BUND
135 ein Drittelmodell vor. Ob dieses Modell oder
136 ein anderes zielführend ist, soll überprüft
137 werden.

138 **Diskussionsstand:**

139 Das Kabinett beschloss im Mai „Eckpunkte
140 zur Weiterentwicklung des Klimaschutzge-
141 setzes“. Darin wird zur kommunalen Wär-
142 meplanung gesagt, sie solle „möglichst ver-
143 bindlich sichergestellt werden“. Soweit wir
144 wissen, ist im Entwurf für ein Klimaschutz-
145 gesetz bisher nur vorgesehen, dass die
146 Stadtkreise und großen Kreisstädte dazu
147 „verpflichtet“ werden. Wir erwarten, dass
148 es zu einer deutlichen Verpflichtung im Ge-
149 setzestext kommt! Was nicht weiterhilft,
150 wäre die Botschaft, dass es den Kommunen
151 freisteht, ob und wann sie beginnen, denn
152 das Resultat wäre ein Flickenteppich zeit-
153 lich und inhaltlich unterschiedlicher Aktivi-
154 täten.

155 **Für die konkrete Formulierung im neuen** 156 **KSG fordern wir:**

157 *„Stadtkreise und Kommunen über 20*
158 *000 E sind dazu **verpflichtet**, in ihrem*
159 *Gemeinde- bzw. Stadtgebiet eine effiziente,*
160 *dekarbonisierte und zukunftsfähige Wär-*

161 *meversorgung zu planen. Die kommunale*
 162 *Wärmeplanung soll einen Umsetzungs-*
 163 *plan für den schrittweisen dezentralen*
 164 *Umbau der Versorgung, auf alternative*
 165 *Wärme- und Energiequellen und für die*
 166 *Realisierung des klimaneutralen Gebäu-*
 167 *debestands in der Kommune enthalten.*
 168 *Austausch- und Fortbildungsmöglichkeiten*
 169 *unter den Kommunen sowie ein Monitoring*
 170 *mit gemeinsamen Kriterien unterstüt-*
 171 *zen die Prozesse der Transformation. Die*
 172 *Fernwärme-Netzbetreiber sollen ein Kon-*
 173 *zept für die Umstellung auf erneuerbare*
 174 *Energien vorlegen und bis 2030 realisieren.*

Antrag UVN 2
OV Heidelberg-Südwest

Ausstieg aus Kohleverstromung

1 *Empfänger: SPD-Bundestagsfraktion*
 2
 3 *Der SPD-Ortsverein Heidelberg-Südwest*
 4 *fordert einen Ausstieg aus der Kohlever-*
 5 *stromung bis spätestens 2028.*
 6
 7 **Begründung**
 8 *Ein "Weiter so" darf es nicht geben! Koh-*
 9 *lekraftwerke müssen in großem Umfang*
 10 *stillgelegt werden bzw. der Ausstieg aus*
 11 *der Kohleverstromung muss forciert wer-*
 12 *den, um die Klimaschutz-Ziele zu erreichen.*
 13 *Laut BUND bringt keine andere Maßnahme*
 14 *bringt in der Kürze der Zeit die notwendi-*
 15 *gen großen CO2-Minderungen.*
 16 *Der Kohleausstieg in den deutschen Berg-*
 17 *bauregionen, wie z. B. n der Lausitz, muss*
 18 *sozial abgedeckt und finanziell unterstützt*
 19 *werden. Der Grundsatz muss sein: Gelder*
 20 *für Beschäftigte und Regionen, nicht für*

Empfehlung der Antragskommission
Überweisen an: Bundestagsfraktion

21 Konzerne!

Antrag UVN 3
Kreisverband Stuttgart

Empfehlung der Antragskommission
Annahme

Für mehr Verkehrssicherheit: Tempolimit auf Autobahnen

1 *Empfänger: SPD-Landesvorstand, SPD-*

2 *Bundesvorstand*

3

4 Die SPD Baden-Württemberg und die SPD-

5 Bundespartei werden aufgefordert, sich für

6 eine generelle Geschwindigkeitsbeschrän-

7 kung von 130 km/h auf deutschen Auto-

8 bahnen einzusetzen und diese Haltung ge-

9 genüber der Öffentlichkeit zu vertreten und

10 dafür zu werben. Die Beschränkungen sol-

11 len sich an den Vorschlägen einer Arbeits-

12 gruppe der Regierungskommission „Natio-

13 nale Plattform Zukunft der Mobilität“ ori-

14 entieren. Diese empfiehlt auf Autobahnen

15 eine Höchstgeschwindigkeit zwischen 120

16 und 140 km/h. Die Vorschläge sollen in zu-

17 künftige Wahlprogramme auf Landes- und

18 Bundesebene übernommen werden.

19

20 **Begründung**

21 Weder die Landes- noch die Bundespartei

22 haben sich bisher eindeutig zu den Vor-

23 schlägen der Kommission ausgesprochen.

24 Der Ortsverein Birkach Plieningen bedauert

25 dies, da es ausreichend Gründe dafür gibt,

26 diesen Vorschlägen zur Geschwindigkeits-

27 beschränkung zu folgen:

28 1. Eine generelle Geschwindigkeitsbe-

29 schränkung würde nach Ansicht von

30 Fachleuten dazu beitragen, die An-

31 zahl schwerer Unfälle auf den Stra-

32 ßen zu verringern, nicht nur durch

33 die geringeren Aufprallkräfte, son-

- 34 dern u.a. durch einen gleichmäßige-
35 ren Verkehrsfluss und entspannteren
36 Fahren.
- 37 2. Trotz vieler Versprechen der Politik
38 kommt Deutschland beim Klima-
39 schutz nicht weiter. Es ist an der Zeit,
40 dass durch konkrete Maßnahmen,
41 z.B. auch im Bereich des Straßen-
42 verkehrs, hierzu Beiträge geleistet
43 werden. Auf etwa zwei Drittel der
44 deutschen Autobahnen gilt kein
45 Tempolimit.
- 46 3. Durch eine generelle Geschwindig-
47 keitsbegrenzung wird der Ausstoß
48 von Schadstoffen reduziert. Eine sol-
49 che Maßnahme wäre schnell um-
50 zusetzen und würde zur Luftrein-
51 haltung beitragen. Jede Maßnahme
52 hierzu ist zu begrüßen. Nach Erhe-
53 bungen des Statistischen Bundesam-
54 tes war der Autoverkehr in Deutsch-
55 land im Jahr 2017 für die Emission von
56 ca. 115 Millionen Tonnen CO₂ verant-
57 wortlich, das waren 6,4 Prozent mehr
58 als im Jahr 2010.
- 59 4. Das Argument, dass die deutsche Au-
60 toindustrie einen Vorsprung dadurch
61 hat, dass sie schnelle Autos bauen
62 kann, ist nicht nachvollziehbar, da in
63 ganz wenigen Ländern der Erde über-
64 haupt unbegrenzt schnell gefahren
65 werden darf und außerdem Faktoren
66 wie Komfort und Sicherheit ebenfalls
67 die Wertigkeit von Autos (PKW und
68 LKW) bestimmen dürften.
- 69 5. Es gibt unterschiedliche Aussagen,
70 sowohl über den Einfluss von Ge-
71 schwindigkeitsbeschränkungen auf
72 den Schadstoffausstoß als auch auf
73 die Verkehrssicherheit. Diese, z.T.
74 interessengeleiteten Meinungen
75 sollten zwar Berücksichtigung fin-

76 den, bei Abwägung der Argumente
 77 sollte die SPD hauptsächlich das
 78 Wohl der Menschen berücksichtigen.

Antrag UVN 4
Selbst Aktiv Baden-Württemberg

Empfehlung der Antragskommission
Erledigt durch Rechtslage (s. § 10 der
Elektrokleinstfahrzeuge-Verordnung vom
06.06.2019)

Verbot von E-Scootern mit bis 12 km/h auf Gehwegen

1 *Empfänger: SPD-Bundestagsfraktion*
 2
 3 Die AG Selbst Aktiv Ba-Wue fordert
 4 den SPD-Landesvorstand Ba-Wue, die
 5 SPD-Landtagsfraktion Ba-Wue, den SPD-
 6 Landesparteitag Ba-Wue auf, zu beschlie-
 7 ßen, dass das Befahren von Gehwegen mit
 8 E-Scootern bis zu 12 km/h landesweit nicht
 9 zugelassen wird.
 10 Ein elektrisch angetriebener Tretroller ist
 11 ein Fahrzeug mit Motor und gehört des-
 12 halb auf den Fahrradweg, um nicht die
 13 Schwächsten zu gefährden und diese vor-
 14 aussehbaren Unfällen auszusetzen. Denn
 15 schon heute kommt es häufig, trotz ge-
 16 botener Rücksichtnahme, zu brenzlichen
 17 Situationen auf Gehwegen, die nicht der
 18 vorgeschriebenen Mindestbreite von 2,5
 19 m entsprechen; zwischen Rollstuhlfahrern,
 20 Menschen mit Seh-, Hör- und Gehbehin-
 21 derungen, Menschen mit Rollatoren und
 22 Menschen mit Beeinträchtigungen, Kinder
 23 mit Tretrollern und Fahrrädern, Personen
 24 mit Kinderwägen und Fußgängern.

25

Begründung

27 Die sicherheitsrelevanten Vorkehrungen,
 28 wie Helm tragen, Beleuchtung als Teil der
 29 STVO sowie ausgewiesene Parkmöglichkei-

30 ten für E-Scooter, müssen dafür gegeben
31 sein.

Antrag UVN 5
Selbst Aktiv Baden-Württemberg

Empfehlung der Antragskommission
Annahme in der Version der Antragskommission

Flexibles Reisen für Menschen mit Behinderungen

1 *Empfänger: SPD-Bundestagsfraktion*
2
3 Der Landesvorstand Selbst Aktiv
4 Baden-Württemberg beantragt, der
5 SPD-Landesvorstand Ba-Wue, die SPD-
6 Landtagsfraktion Ba-Wue und der SPD-
7 Landesparteitag Ba-Wue mögen beschlie-
8 ßen, dass Menschen mit Behinderungen
9 jederzeit mit allen Zügen der DB AG so-
10 wie allen DB Regio Busgesellschaften
11 ungehindert nach max. 2 Stunden Vor-
12 anmeldung, befördert werden und dazu
13 die erforderlichen Umstiegshilfen erhalten.
14 Istzustand:
15 Menschen mit Behinderungen, die auf ei-
16 ne Ein-, Aus- oder Umstiegshilfe angewie-
17 sen sind, müssen sich bei den Bahnen min-
18 destens 24 Stunden vor Reisebeginn an-
19 melden. Immer noch sind nicht barrierefrei
20 Busse im Innerorts- und Überlandverkehr
21 unterwegs, die besonders keine Rollstuhl-
22 fahrer/innen transportieren können.
23 Somit ist ein flexibles selbstbestimm-
24 tes Reisen wie in der UN-BRK und dem
25 Behinderten-Gleichstellungsgesetz BGG
26 verankert, für viele Menschen mit Behin-
27 derungen nicht möglich.
28 Auf den meisten Bahnhöfen können aktuell
29 Hilfen maximal nur im Zeitraum von 6.00
30 – 22.00Uhr geleistet werden. Erschwerend
31 dazu sind die Kontaktmöglichkeiten zu den

Ersetze Z. 3-8 durch:

”Der SPD-Landesparteitag fordert, dass ...”

Z. 14-55: Begründung

32 unterstützenden Mobilitätszentralen MSZ
 33 an Feiertagen auf 8.00- 20.00 Uhr be-
 34 schränkt.

35 Sollzustand:

36 Alle Bahn- und Busunternehmen die Per-
 37 sonen befördern werden verpflichtet, Men-
 38 schen mit Behinderungen / Rollstuhlfah-
 39 rer*innen ein flexibles und gleichberech-
 40 tigttes Reisen zu ermöglichen, so dass diese
 41 selbstbestimmt alleine oder auch mit Assis-
 42 tenz flexibel reisen können und somit am
 43 gesellschaftlichen Leben teilnehmen kön-
 44 nen. Dazu gehört, dass die unterstützenden
 45 Hilfen zu jeder Uhrzeit angemeldet werden
 46 können

47 Der Personalmangel bei allen Gesellschaf-
 48 ten für Personenbeförderung darf nicht die
 49 Ursache der Nichtbeförderung der betroffe-
 50 nen Personen sein!

51 In Erfüllung der UN-BRK muss für alle
 52 Menschen mit Behinderungen eine Mobili-
 53 tät mit größtmöglicher Unabhängigkeit im
 54 Sinne von Selbstbestimmung sichergestellt
 55 werden.

56

57 **Begründung**

58 Mobilität ist Grundvoraussetzung für ge-
 59 sellschaftliche Intergation, was echte Teil-
 60 habe am gesellschaftlichen Leben bedeu-
 61 tet.

Antrag UVN 6
Kreisverband Mannheim, OV Mannheim-
Gartenstadt

Empfehlung der Antragskommission
Überweisen an: Bundestagsfraktion

Vision 2050 - Umsetzung der Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen

1 *Empfänger: SPD-Bundestagsfraktion*

2

3 Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufge-

4 fordert, 17 Arbeitskreise aus allen Schich-
5 ten der Bevölkerung zu bilden, die vorerst,
6 bezogen auf Europa und Afrika und die
7 17 Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Na-
8 tionen, in Deutschland, Lösungen für fol-
9 gende Aufgaben ausarbeiten:

- 10 • Die Akteure zu erfassen die an The-
11 mensschwerpunkten und Themen
12 übergreifend an einer „besseren
13 Welt“ arbeiten und interdisziplinäre
14 Zusammenarbeit fördern.
- 15 • Eine Basis und Motivation für die
16 nachhaltige Mitarbeit am Ziel „besse-
17 re Welt“ zu schaffen.
- 18 • Alle schon bestehenden, umfassenden,
19 wissenschaftlichen Lösungen
20 von Problemen der Weltöffentlich-
21 keit zugänglich zu machen, zu erklären
22 und allen Menschen ermöglichen sie
23 zu nutzen.
- 24 • Eine lebenswerte Zukunft für alle
25 Menschen aufzuzeigen.
- 26 • Dafür zu sorgen, dass jeder Mensch
27 nur wahr, umfassend, übersichtlich
28 und anregend informiert wird, zum
29 Beispiel durch eine wissenschaftlich
30 ausgearbeitete Wissensbibliothek,
31 bezogen auf eine „bessere Welt“.
- 32 • Wissenschaftliche Forschungsge-
33 meinschaften „bessere Welt“ an
34 Universitäten und Hochschulen
35 fördern.
- 36 • Das Ziel „bessere Welt“ bis zum Jahr
37 2050 umzusetzen.
- 38 • Bis 2024 Rahmenbedingungen für die
39 Umsetzung „Vision 2050“ schaffen
40 und dabei die 17 Nachhaltigkeitszie-
41 le der Vereinten Nationen und alle
42 schon erarbeiteten Problemlösungen
43 einbeziehen.
- 44 • Wählern für jede Wahlperiode um-
45 setzbare Ergebnisse der Arbeit an ei-

46 ner „besseren Welt“ anbieten und in
47 der Legislaturperiode verwirklichen.

48

49 **Begründung**

50 Die Vereinten Nationen haben im Septem-
51 ber 2015 nach einem lang anhaltenden Dis-
52 kussionsprozess 17 Nachhaltigkeitsziele er-
53 arbeitet.

54 Diese Nachhaltigkeitsziele sind als Kern-
55 elemente im Rahmen einer „Neuen Urba-
56 nen Agenda“ definiert, die handlungslei-
57 tend für Städte und Nationen auf der gan-
58 zen Welt sein sollen. Deshalb wird auch
59 auf kommunaler Ebene die UN- Agenda als
60 Grundlage eines Leitbildes Mannheim 2030
61 verwendet.

62 Die Zukunft sehen die Antragssteller in
63 der „Wissenschaftlichen Ausarbeitung und
64 Umsetzung einer besseren Welt“. Viele In-
65 stitutionen und Organisationen arbeiten
66 bereits an diesem Thema, aber die aktuel-
67 len Konflikte zeigen, dass diese Zielsetzung
68 von der Politik noch nicht anerkannt, ver-
69 innerlicht und umgesetzt wird und noch
70 sehr viel Arbeit notwendig ist. Wie stellen
71 wir uns das Zusammenleben in der Zukunft
72 vor?

73 Eine Welt in der der Mensch bestmöglich
74 mit allen Menschen, dem umgebenden Le-
75 ben und der Natur lebt. Die gesamte Welt
76 muss bei allen Problemlösungen systema-
77 tisch zusammenarbeiten, um internationa-
78 le Konflikte zu beseitigen. Nationale Allein-
79 gänge sind kontraproduktiv.

80 Sind die Lösungen der Probleme wirklich so
81 komplex? Für viele Probleme gibt es schon
82 Lösungen aber nicht alle Menschen können
83 sie nutzen.

84 Insgesamt sollte das humane, soziale Pro-
85 fil der SPD gestärkt und eine hoffnungsvolle
86 Zukunft die Verunsicherung der Menschen
87 abbauen.